

# Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften

Gesellschaftsrecht, Steuerrecht

von

Prof. Dr. Ulrich Prinz, Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann, Roman Bärwaldt, Stephanie Bruhn, Jochen Eberhard, Dr. Johannes Frey, Katja Friedrich, Dr. Carl-Christian Knobbe, Prof. Dr. Ralph Landsittel, Dr. Uwe Lochmann, Dr. Welf Müller, Prof. Dr. Norbert Neu, Ulrich Rieck, Michael Röhrs, Dr. Wolfgang Sauter, Prof. Dr. Joachim Schiffers, Stefan Schmidt, Dr. Arndt Stengel, Dr. Heinrich J. Watermeyer, Thomas Wisniewski

4. Auflage

[Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften – Prinz / Hoffmann / Bärwaldt / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Personengesellschaften, GbR, Partnerschaftsgesellschaft](#) – [Wirtschaftsrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 64928 8

Beck'sches Handbuch  
der Personengesellschaften



# Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften

## Gesellschaftsrecht – Steuerrecht

Herausgegeben von

*Prof. Dr. Ulrich Prinz*  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater  
in Köln

*Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann*  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater  
in Freiburg i. Br.

bearbeitet von

*Roman Bärwaldt*, Rechtsanwalt und Notar in Berlin; *Stephanie Bruhn*, Rechtsanwältin in München; *Jochen Eberhard*, Steuerberater und Rechtsanwalt in Bonn; *Dr. Johannes Frey*, LL.M., Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Katja Friedrich*, Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin in Frankfurt a. M.; *Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Freiburg i. Br.; *Dr. Carl-Christian Knobbe*, Richter am FG Köln; *Prof. Dr. Ralph Landsittel*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Erbrecht in Mannheim; *Dr. Uwe Lochmann*, Steuerberater in Bonn; *Dr. Welf Müller*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Frankfurt a. M.; *Prof. Dr. Norbert Neu*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Bonn; *Prof. Dr. Ulrich Prinz*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Köln; *Ulrich Rieck*, Steuerberater in Bonn; *Michael Röhrs*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Soltau; *Dr. Wolfgang Sauter*, Rechtsanwalt und vereid. Buchprüfer in Freiburg i. Br.; *Prof. Dr. Joachim Schiffers*, Steuerberater in Aachen; *Stefan Schmid*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Frankfurt a. M.; *Dr. Arndt Stengel*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Heinrich J. Watermeyer*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Bonn; *Thomas Wisniewski*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Berlin

4. Auflage



Verlag C. H. Beck München 2014

Zitierweise: Beck PersGes-HB/Autor § 1 Rz. 1

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 64928 8

© 2014 Verlag C.H.Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Satz: ottomedien, Darmstadt  
Druck: Druckerei C.H. Beck Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 4. Auflage

Das Beck'sche Handbuch der Personengesellschaften liegt nach ca. 4 Jahren nun in 4. Auflage vor. Der Bearbeitungsstand ist durchweg September/Oktober 2013. Tradition des Handbuchs in der Beck'schen Reihe, höchste Aktualität bei Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen unter Einbeziehung der neuesten Entwicklungen und Gestaltungstrends im Personengesellschaftsbereich – all dies gilt es bei einer Neuauflage zu berücksichtigen. Auch wenn die „BigBangs“ in der Gesetzgebung bei Personengesellschaften in den vergangenen vier Jahren nicht zu erkennen sind, waren die verschiedenen Akteure – Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Praxis – äußerst fleißig und detailverliebt tätig. Da der Einsatzbereich von Personengesellschaften sehr breit ist und von der gewerblich tätigen „Bauchladen-GbR“ bis zum Weltkonzern mit einer Personengesellschaft als Holdingspitze reicht, haben fast alle Gesetzgebungsakte der letzten Jahre auch eine Personengesellschafts-Relevanz. So wurden in den entsprechenden Sachteilen bspw. berücksichtigt: Das handelsrechtliche MicroBilG vom 20.12.2012, das die Rechnungslegung kleinster haftungsbeschränkter Personenhandelsgesellschaften betrifft, die vom 20.2.2013 stammende Kleine Organschaftsreform mit erheblicher Praxisbedeutung für Personengesellschaften als Organträger, das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26.6.2013 mit wichtigen personengesellschaftsbezogenen Rechtsänderungen bei § 1 AStG, § 50d Abs. 10 sowie § 50i EStG und schließlich das gerade „frisch“ verabschiedete Partnerschaftsgesellschaftsgesetz mit beschränkter Berufshaftung vom 15.7.2013. Die „Verfassungswirren“ im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht haben zu besonderen Herausforderungen geführt. Auch hier haben wir uns im Bereich der Erbfolgethemen um höchste Aktualität bemüht.

Um keine „Jahresringe“ anzusetzen, haben Herausgeber, Autoren und Verlag einige Kapitel neu „designt“ (etwa den Unternehmenskauf/ Unternehmensverkauf unter Einbeziehung von Personengesellschaften), einige ganz neue Teile sind zum Handbuch hinzugekommen. Zu nennen sind insbesondere:

- Die „Finanzierung von Personengesellschaften“ wird in einem neuen Querschnittskapitel intensiver als bislang behandelt. Angesprochen werden dort bspw. die hoch aktuellen Fragen der Zins-schranken-anwendung bei Personengesellschaften sowie den gestalterischen Einsatz von Personengesellschaften für Finanzierungszwecke.
- Für die „Immobilien-Personengesellschaft“ als Typus hat sich in der Praxis ein eigener Markt entwickelt. Die einschlägigen immobilienbezogenen Spezialfragen der Personengesellschaft nationaler und internationaler Art werden deshalb in einem eigenen Kapitel behandelt.
- Besonderheiten von Verlusten bei Personengesellschaften, die über Steuerstundungsmodelle hinaus aufgrund wirtschaftlicher Krisensitu-

ationen oder wegen gesetzgeberischer Missbrauchsvermutungen weit in die allgemeine Personengesellschaftswelt hineinragen, werden in einem separaten Kapitel geschlossen bearbeitet. Neben dem Klassiker des § 15a EStG sind dort bspw. Detailfragen des § 10a GewStG sowie der Grundsatz der Unternehmens- und Unternehmeridentität erörtert. Auch finden sich Hinweise zu Verlustabzugsbeschränkungen bei bestimmten stillen Gesellschaften und Unterbeteiligungen.

- Für die „Freiberufler-Personengesellschaft“ wurde ein neues Kapitel „aufgemacht“, um den Besonderheiten freiberuflicher Zusammenarbeit in Personengesellschaften Rechnung zu tragen. Der Grundlagenteil „Gewinnermittlung und Besteuerung“ konnte dadurch entlastet werden, was Raum für vertiefte Darstellungen geschaffen hat.

Nicht nur inhaltlich, sondern auch im „Personellen“ haben sich in der 4. Auflage Veränderungen ergeben. Welf Müller, der neben Wolf-Dieter Hoffmann das Handbuch seit der 1. Auflage mit herausgegeben hat, hat seine „Funktion“ auf Ulrich Prinz übertragen. Da beide eine jahrzehntelange berufliche Nähe verbindet, ist insoweit für Kontinuität gesorgt. Welf Müller gilt unser aller besonderer Dank. Er bleibt als Autor dem Handbuch – und dies ist ein Glücksfall – auch in der 4. Auflage verbunden. Ansonsten gibt es nur wenige personelle „Ein- und Ausritte“. Allen ausgeschiedenen und neuen Kollegen danken wir sehr herzlich für die Mühen und das sie diese neben der Tagesbelastung auf sich genommen haben. Dank sagen möchten wir schließlich auch dem Verlag und besonders Frau Gabriele Wichmann-Woge, die das Werk in bewährter Form stets mit Optimismus und großer Wärme durch den mitunter etwas mühsamen Erstellungsprozess begleitet hat. Wir hoffen sehr, dass auch die 4. Auflage gut in der Personengesellschafts-Community aufgenommen wird.

Köln/Freiburg i.Br. im November 2013

*Ulrich Prinz /  
Wolf-Dieter Hoffmann*

## Vorwort zur 1. Auflage

Im Wirtschaftsleben erfolgt die Gründung einer Gesellschaft zur Bündelung der Interessen zweier oder mehr Rechtspersonen. In Form der *Personengesellschaft* stellt unser Recht hierfür ein ausgesprochen flexibles, d.h. gestaltungsfähiges und gestaltungsoffenes Instrumentarium zur Verfügung. Der Kontrast zur Kapitalgesellschaft und deren Förmlichkeiten ist bemerkenswert. Steuerlich ist die Personengesellschaft wegen ihrer Transparenz ein unentbehrliches Gestaltungsmittel.

Die Anpassungsfähigkeit (Flexibilität) der Personengesellschaft kommt in allen Beiträgen dieses Werkes zum Ausdruck:

- Eine Personengesellschaft kann ohne „harte“ Rechtsakte entstehen, ja sogar häufig unbemerkt oder jedenfalls unbeabsichtigt, und ebenso wieder beendet werden (§ 2 – *Gründung und Beiritt* und § 11 – *Auflösung und Liquidation*).
- Eine Personengesellschaft kann natürliche oder juristische Personen Gesellschafter werden lassen (§ 4 – *Gesellschafter*) und sich auch außerhalb nationaler Grenzen bewegen (§ 15 – *Personengesellschaft mit Auslandsbezug*).
- Eine Personengesellschaft kann sich in der Einperson-GmbH & Co. KG begrifflich selbst konterkarieren und den persönlichen Haftungsausschluß für die Gesellschafter genauso bewirken wie eine Kapitalgesellschaft (§ 12 – *GmbH & Co. KG*).
- Eine Personengesellschaft kann Hunderte von Personen als Gesellschafter aufnehmen und sich so der Struktur einer Publikumsaktiengesellschaft funktional annähern (§ 16 – *Publikumpersonengesellschaft*).
- Eine Personengesellschaft kann sich selbst nach außen verbergen (§ 13 – *Stille Gesellschaft*).
- Das Mitglied einer Personengesellschaft kann seine Mitgliedschaft an Nichtgesellschafter weitergeben (§ 14 – *Unterbeteiligung*).
- Eine Personengesellschaft kann die rechtliche Trennung eines einzigen wirtschaftlichen Organismus bewerkstelligen (§ 22 – *Betriebsaufspaltung*).
- Eine Personengesellschaft steht für grundlegende unternehmerische Strategien zur Verfügung
  - im Konzern (§ 24),
  - im Rahmen eines *Joint Venture* (§ 21),
  - als *Arbeitsgemeinschaft* (§ 17),
  - bei der *Umwandlung* (§ 9).
- Die Personengesellschaft hat Besonderheiten in wichtigen Bereichen des Wirtschaftslebens
  - bei der *Rechnungslegung* (§ 5),
  - bei der steuerlichen *Gewinnermittlung* (§ 6),
  - beim *Unternehmenskauf* (§ 23),
  - in der *Krise* (§ 10).

- Und schließlich ist die Personengesellschaft eine unverzichtbare Begleiterin wichtiger Abschnitte des Menschenlebens (§ 8 – *Erbfolge, Schenkung, Güterstandsregelungen*).

Flexibilität oder Anpassungsfähigkeit bedeuten auch „lebensnah“. Aus Sicht des Beraters erschließt sich daraus unmittelbar die Heranziehung der Personengesellschaft als *Gestaltungsinstrument*. Unser Handbuch will deshalb zu allererst dem einschlägig tätigen Berater das rechtliche und wirtschaftliche Gestaltungspotential der Personengesellschaft erschließen. Dies kann nicht ohne das Steuerrecht geschehen. Dem Berater kann das gewünschte gestalterische Handwerkszeug letztlich also nur durch eine *integrierte Darstellung von Gesellschafts- und Steuerrecht* geliefert werden. Diesem Anliegen haben wir bei der Auswahl des Stoffes und bei der Gewinnung der Mitautoren besondere Bedeutung beigemessen, und daraus erschließt sich auch der wesentliche Gehalt des einleitenden Kapitels (§ 1 – *Rechtsformwahl*).

Unser weiteres Anliegen war, daß unsere Mitstreiter aus dem Blickwinkel ihrer täglichen Arbeit heraus ihre Gedanken zu Papier bringen. So kann am ehesten „vom Berater zum Berater“ der Funke überspringen.

Inwieweit und wie gut die Gesamtkonzeption realisiert worden ist, müssen unsere Leser entscheiden; ihre Verbesserungsvorschläge sind uns willkommen.

Wir haben an dieser Stelle unseren Mitautoren Dank und Anerkennung auszusprechen. Ohne das Opfer freier Wochenenden und/oder des Urlaubs kann kein einschlägiger Beitrag gelingen. Hinzu kommt, daß die Schnellebigkeit der Rechtsentwicklung – insbesondere des Steuerrechts – es heutzutage geradezu zur Regel macht, mühsam erarbeitete Teilbereiche von Manuskripten von heute auf morgen der Makulatur anzuvertrauen. Dies haben wir besonders in den letzten Monaten der Fertigstellung unseres Handbuchs durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 erfahren müssen. Um so mehr verdient es unsere Anerkennung, daß es allen Autoren gelungen ist, innerhalb kürzester Frist *die ab 1. April 1999 gültige Gesetzesituation* in das Werk einzuarbeiten.

Natürlich sind auch Redaktion und Verlag von der Gesetzgebungshektik nicht verschont worden. Unser Dank gilt deshalb weiter den Lektoren des Beck-Verlages, Frau Gabriele Wichmann-Woge und Herrn Albert Buchholz, für die permanente psychologische Aufmunterung der Autorenschaft – selbstverständlich auch für das nervenaufreibende Klein-Klein einschlägiger Redaktionsarbeit.

Unser Werk begleitet das zeitgleich in zweiter Auflage erscheinende *Beck'sche Handbuch der GmbH*. Wir hoffen auf eine wohlwollende Aufnahme im Leserkreis.

Im Mai 1999

Welf Müller  
Wolf-Dieter Hoffmann

## Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	LVII
§ 1 Rechtsformwahl ( <i>Schiffers</i> ) . . . . .	1
1. Abschnitt. Gesellschaft Bürgerlichen Rechts; Offene Handelsgesellschaft; Kommanditgesellschaft	
§ 2 Gründung und Beitritt ( <i>Sauter</i> ) . . . . .	75
§ 3 Organisationsrecht ( <i>Stengel</i> ) . . . . .	143
§ 4 Gesellschafter ( <i>W. Müller</i> ) . . . . .	275
§ 5 Handelsrechtliche Rechnungslegung ( <i>Hoffmann</i> ) . . . . .	397
§ 6 Gewinnermittlung und Besteuerung ( <i>Friedrich</i> ) . . . . .	473
§ 7 Finanzierung von Personengesellschaften ( <i>Prinz</i> ) . . . . .	553
§ 8 Ausscheiden ( <i>Sauter</i> ) . . . . .	595
§ 9 Erbfolge, Schenkung, Güterstandsregelungen ( <i>Landsittel</i> ) . . . . .	673
§ 10 Umwandlungen ( <i>Bärwaldt/Wisniewski</i> ) . . . . .	791
§ 11 Die Personengesellschaft in Krise, Sanierung und Insolvenz ( <i>Eberhard</i> ) . . . . .	953
§ 12 Auflösung und Liquidation ( <i>Eberhard</i> ) . . . . .	1047
2. Abschnitt. Sonderformen der Personengesellschaften	
§ 13 GmbH & Co. KG ( <i>Watermeyer</i> ) . . . . .	1085
§ 14 Stille Gesellschaft ( <i>Neu</i> ) . . . . .	1149
§ 15 Unterbeteiligung ( <i>Bärwaldt</i> ) . . . . .	1197
§ 16 Familienpersonengesellschaft ( <i>Stengel</i> ) . . . . .	1227
§ 17 Publikumpersonengesellschaften und Fonds ( <i>Watermeyer/Knobbe</i> ) . . . . .	1257
§ 18 Immobilienpersonengesellschaften ( <i>Schmidt</i> ) . . . . .	1313
§ 19 Arbeitsgemeinschaft (ARGE) ( <i>Bärwaldt</i> ) . . . . .	1341
§ 20 Freiberufliche Personengesellschaften ( <i>Lochmann</i> ) . . . . .	1383
§ 21 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) ( <i>Bärwaldt</i> ) . . . . .	1481
§ 22 Pool/Konsortium ( <i>Bärwaldt</i> ) . . . . .	1511
§ 23 Joint Ventures ( <i>Stengel</i> ) . . . . .	1547
3. Abschnitt. Die Personengesellschaften als Gestaltungsmöglichkeiten	
§ 24 Betriebsaufspaltung ( <i>Rieck</i> ) . . . . .	1581
§ 25 Besonderheiten von Verlusten bei Personengesellschaften ( <i>Watermeyer</i> ) . . . . .	1645
§ 26 Unternehmenskauf/Unternehmensverkauf ( <i>Frey/Bruhn</i> ) . . . . .	1681
§ 27 Personengesellschaft im Konzern ( <i>Röhrs</i> ) . . . . .	1725
§ 28 Personengesellschaften im internationalen Gesellschaftsrecht ( <i>Eberhard</i> ) . . . . .	1771
§ 29 Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht ( <i>Neu</i> ) . . . . .	1823
Stichwortverzeichnis . . . . .	1907



## Inhaltsverzeichnis

### § 1 Rechtsformwahl

<b>A. Bedeutung der Personengesellschaft als Rechtsform</b>	3
1. Begriff und Arten der Personengesellschaften	3
a) Allgemeines	3
b) Rechtsquellen	4
c) Charakteristiken der Personengesellschaftsgrundtypen	4
2. Flexibilität als kennzeichnendes Merkmal der Personengesellschaften	6
3. Strukturelle Unterschiede zur Kapitalgesellschaft	8
a) Gesellschaftsrechtliche Aspekte	8
b) Steuerliche Aspekte	8
4. Personengesellschaften als wirtschaftliches Gestaltungsinstrument	10
a) Alternative zur GmbH bei mittelständischen Unternehmen	11
b) Arbeitsgemeinschaften, Joint Ventures	11
c) GmbH & Co. KG	12
d) Publikumsgesellschaft	13
e) Stille Gesellschaft	13
f) Personengesellschaft als Instrument zur Ausgliederung betrieblicher Funktionen	15
<b>B. Anlässe, Kriterien und Methoden der Rechtsformwahl</b>	16
1. Anlässe und Dimensionen der Rechtsformwahlentscheidung	16
a) Anlässe der Rechtsformwahl	16
b) Dimensionen der Entscheidungssituation: Rechtsformwahl und Rechtsformoptimierung	17
c) Zusammenfassendes Schaubild	18
2. Entscheidungskriterien für die Rechtsformwahl	18
a) Rechtsgestaltung	19
b) Leitung und Überwachung	20
c) Finanzierung	20
d) Besteuerung	21
e) Mitbestimmung	21
f) Rechnungslegung und Jahresabschlusspublizität	22
g) Kooperationsfähigkeit	23
h) Sicherung des Unternehmensbestandes	24
i) Rechtsformspezifischer Aufwand	25
j) Flexibilität	26
k) Sonstige Kriterien	27
3. Entscheidungsverfahren bei der Rechtsformwahl	28
a) Zusammenstellung und Klassifizierung der Entscheidungskriterien	28
b) Bewertung der Alternativen	29
4. Strukturierung des Rechtsformwahl-Entscheidungsprozesses	30
a) Checkliste zum Ablauf der Rechtsformwahl	30
b) Problemstellungs- und Suchphase	31
c) Beurteilungs- und Entscheidungsphase	32
d) Realisations- und Kontrollphase	33
<b>C. Einfluss der Steuerbelastung auf die Rechtsformwahl</b>	33
1. Grundprinzipien der steuerlichen Rechtsformsuche	33

a) Rechtsformabhängigkeit des Unternehmenssteuerrechts als Ausgangspunkt steuerlicher Rechtsformgestaltungen	33
b) Stellenwert der Steuerbelastung bei der Rechtsformwahl	34
c) Ziele und Prämissen von Steuerbelastungsvergleichen	36
d) Übersicht über die wesentlichen Aspekte der steuerlichen Rechtsformwahl	37
2. Steuerbelastungsziffern der laufenden Steuerbelastung	38
a) Nichtgewerbliche Personenunternehmen	38
aa) Spitzenbelastung im Grundfall	38
bb) Spitzenbelastung bei Antragstellung nach § 34a EStG	38
b) Gewerbliche Personenunternehmen	41
aa) Spitzenbelastung im Grundfall	41
bb) Wirkung des progressiven ESt-Tarifs	41
cc) Bedeutung der GewSt	43
dd) Spitzenbelastung bei Antragstellung nach § 34a EStG	45
c) Kapitalgesellschaften	48
aa) Laufende Steuerbelastung im Grundfall	48
bb) Bedeutung von Leistungsvergütungen	49
cc) Belastung im Ausschüttungsfall	50
d) Einfache Gegenüberstellung der Steuerbelastungsziffern	51
aa) Belastungsziffern bei Gewinntransfer auf die Gesellschafterebene	52
bb) Belastungsziffern bei Gewinnthesaurierung	52
cc) Belastungsspreizung zwischen Entnahme/Ausschüttung und Thesaurierung	53
3. Weitere Aspekte der laufenden Ertragsteuerbelastung	54
a) Steuerfreie Erträge	54
b) Refinanzierungsaufwendungen	54
c) Steuerrisiko Anrechnungsüberhänge	55
d) Steuerrisiko Nachversteuerung nach § 34a EStG	56
e) Kein Steuerrisiko durch verdeckte Gewinnausschüttungen	57
f) Verlustverrechnung	58
4. Zusammenfassende Übersicht zu den rechtsformbedingten Belastungsunterschieden bei der laufenden Besteuerung	60
5. Modellfälle zur laufenden Steuerbelastung	61
a) Kleinunternehmen	61
b) Mittelständisches Unternehmen	62
c) Größeres mittelständisches Unternehmen	66
6. Rechtsformbedingte Belastungsunterschiede bei aperiodischen Sachverhalten	67
a) Überblick	67
b) Hohe steuerliche Flexibilität der Personenunternehmen	68
c) Besteuerung von Anteilsübertragungen	70
d) Unentgeltliche Übertragungen	72

## § 2 Gründung und Beitritt

<b>A. Grundsätze für alle Personengesellschaften</b>	77
1. Rechtsnatur der Gesellschaft, Abschluss eines Gesellschaftsvertrages	80
1. Rechtsnatur	80
2. Abschluss eines Gesellschaftsvertrages	80
a) Vertragserklärungen	80
b) Gemeinsamer Zweck	81
c) Förmlicher (ausdrücklicher) und stillschweigender Abschluss	82

d) Gesellschaft ohne Vertrag, faktische Gesellschaft und Scheingesellschaft . . . . .	85
II. Inhalt des Gesellschaftsvertrages und Änderungen . . . . .	87
1. Zwingender Inhalt . . . . .	87
a) Gemeinsamer Zweck . . . . .	87
b) Förderungspflicht . . . . .	88
c) Zwingende Merkmale bei bestimmten Rechtsformen . . . . .	89
2. Fakultativer Inhalt . . . . .	89
3. Schranken der Vertragsgestaltung . . . . .	92
a) Zwingende Vorschriften des allgemeinen Zivilrechts . . . . .	92
b) Zwingende Vorschriften des Wirtschaftsrechts . . . . .	93
c) Zwingende gesellschaftsrechtliche Vorschriften . . . . .	93
d) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Gesellschaftsrechts . . . . .	94
e) Teilunwirksamkeit . . . . .	95
4. Vertragsänderung . . . . .	96
a) Mehrheitserfordernisse . . . . .	96
b) Form der Vertragsänderung, konkludente Änderungen . . . . .	98
5. Auslegung . . . . .	99
III. Formerfordernisse beim Abschluss oder der Änderung des Gesellschaftsvertrages . . . . .	102
1. Formvorschriften nach allgemeinem Zivilrecht . . . . .	102
a) Grundstücksgeschäfte . . . . .	102
aa) Formlose Einbringung von Grundstücken . . . . .	104
bb) Grundstücksverwaltende Gesellschaften . . . . .	104
cc) Übertragung von Anteilen an Grundstücksgesellschaften . . . . .	106
b) Sonstige Formvorschriften . . . . .	106
2. Gesellschaftsrechtlich begründete Formerfordernisse bei bestimmten Gesellschaftsformen . . . . .	108
IV. Genehmigungserfordernisse . . . . .	109
1. Gewerbe- und berufsrechtliche Erfordernisse . . . . .	109
2. Zivilrechtliche Genehmigungserfordernisse . . . . .	110
a) Minderjährige Gesellschafter (Genehmigung zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes) . . . . .	110
b) Zugewinngemeinschaft . . . . .	112
V. Entstehung der Personengesellschaft . . . . .	112
1. Entstehung bei der BGB-Gesellschaft . . . . .	113
2. Entstehung bei den Personenhandelsgesellschaften . . . . .	113
VI. Mängel des Gesellschaftsvertrages – die fehlerhafte Gesellschaft . . . . .	114
1. Begriff der fehlerhaften Gesellschaft, Anwendungsbereich . . . . .	115
a) Begriff . . . . .	115
b) Anwendungsbereich (Innen- und Außengesellschaft) . . . . .	115
2. Voraussetzungen: Vertragsmängel, Vollzug, höherwertige Interessen . . . . .	116
a) Vertragsmängel . . . . .	116
b) Vollzug des Vertrages . . . . .	116
c) Höherwertige Interessen . . . . .	117
3. Rechtsfolgen der fehlerhaften Gesellschaft . . . . .	118
4. Fehlerhafte Vertragsänderungen und verwandte Rechtsakte . . . . .	119
<b>B. Besonderheiten bei bestimmten Gesellschaftsformen . . . . .</b>	<b>120</b>
I. Eintragung im Register, elektronische Führung . . . . .	120
1. Anmeldung als Grundlage der Eintragung . . . . .	121
a) Bedeutung der Anmeldung . . . . .	121
b) Gegenstand und Inhalt der Anmeldung . . . . .	121
2. Die Eintragung und Bekanntmachung und ihre Wirkung . . . . .	122

II. Firma	123
1. Bildung der Firma der Personengesellschaft	124
2. Fortbestand der Firma bei Namensänderung und Gesellschafterwechsel	124
3. Fortführung der Firma bei Erwerbsvorgängen, abgeleitete Firma	125
4. Unterscheidbarkeit, Verwechslungsgefahr	125
III. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	126
<b>C. Sonderfall der Gründung: Eintritt in das Geschäft eines Einzelkaufmannes</b>	128
I. Handels- und gesellschaftsrechtliche Fragen	129
1. Haftung für Altschulden und Übergang der Altforderungen	129
2. Gesellschaftsrechtliche Qualifikation	129
3. Einlagen, Ausgleich unterschiedlicher Werte	130
II. Steuerliche Fragen	131
1. Einbringung zum Buchwert mit privatem Ausgleich an den Einbringenden	132
2. Einbringung zum Buchwert mit Aufzahlung an die Gesellschaft	132
3. Einbringung zum gemeinen Wert mit Leistung der Einlage an die Gesellschaft	133
4. Einbringung zum gemeinen Wert mit Zuzahlung an den Einbringenden	134
5. Ausgleich durch Einräumung eines höheren Gewinnanteils	134
6. Sondersituation: Einbringung mit negativem Kapital	135
7. Einbringung ohne Ausgleichszahlung: unentgeltliche Aufnahme	136
8. Die Begünstigung des Einbringungsgewinns nach den §§ 16, 34 EStG	136
9. Sonderfall: Miteinbringung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	138
<b>D. Der Beitritt zu einer bestehenden Gesellschaft</b>	138
I. Gesellschaftsrechtliche Fragen	138
1. Voraussetzungen	138
2. Folgen des Beitritts	139
II. Steuerliche Folgen	140
<b>E. Steuerliche Folgen der Gründung</b>	141
I. Die Personengesellschaft als Steuerschuldner	141
II. Steuerliche Pflichten	142
1. Anzeigepflichten	142
2. Buchführungspflichten	142

## § 3 Organisationsrecht

<b>A. Grundprinzipien</b>	148
I. Trennung von Innen- und Außenrecht	148
II. Vertragsfreiheit	148
III. Grenzen der Vertragsfreiheit	148
1. Zwingende Vorschriften des Privatrechts	149
2. Außenverhältnis	149
a) Vertretung	149
b) Haftung	150
3. Innenverhältnis	150
a) Minderheitenschutz	151
b) Abspaltungsverbot	152
c) Grundsatz der Selbstorganschaft	152

4. Gerichtliche Inhaltskontrolle	153
5. Deutscher Corporate Governance Kodex	153
<b>B. Geschäftsführung</b>	154
I. Begriff und Inhalt der Geschäftsführung	154
II. Ausübungsformen der Geschäftsführung	156
1. Einleitung	156
2. Einzelgeschäftsführung aller oder mehrerer Gesellschafter	157
3. Gesamtgeschäftsführung	157
a) Einstimmigkeitsprinzip	158
aa) Grundsatz	158
bb) Grenzen des Zustimmungswerts	159
b) Mehrheitsprinzip	162
4. Gemischte Einzel- und Gesamtgeschäftsführung	162
5. Mitwirkung Dritter	163
a) Abspaltungsverbot	163
b) Selbstorganschaft	164
c) Ausnahmen	164
d) Delegation	166
III. Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	167
1. Gesetzliche Regelungen	167
a) BGB-Gesellschaft	167
b) OHG und KG	168
aa) Gewöhnliche Geschäfte	168
bb) Außergewöhnliche Geschäfte	168
cc) Prokuraerteilung und -widerruf	169
2. Abweichende Vereinbarungen	170
IV. Einzelgeschäftsführungsbefugnisse jedes Gesellschafters	172
1. Notgeschäftsführung	172
2. Einzelklagebefugnis nach § 432 BGB	173
3. Actio pro socio	174
a) Einleitung	174
b) Voraussetzungen	174
c) Verfügungsbefugnis	176
d) Abdingbarkeit	177
e) Verhältnis zur Gesellschaftsklage	177
V. Widerspruchsrecht	178
1. Grundsatz	178
2. Ausübung	178
3. Grenzen	179
4. Wirkungen	180
a) Berechtigter Widerspruch	180
b) Unberechtigter Widerspruch	181
5. Abweichende Vereinbarungen	181
VI. Vergütung und Aufwendungsersatz	182
1. Vergütung	182
a) Vertragliche Vereinbarung	182
b) Inhaltliche Gestaltung	184
c) Pflichtverletzungen	184
d) Schadensersatzansprüche gegen Dritte	185
e) Auswirkungen auf die Kommanditistenhaftung	186
2. Aufwendungsersatz	187
a) BGB-Gesellschaft	187
b) OHG und KG	189

aa) Ersatzberechtigte	189
bb) Aufwendungsersatz	190
cc) Verlustersatz	190
dd) Inhalt des Anspruchs	192
c) Abweichende Vereinbarungen	192
VII. Überschreitung der Geschäftsführungsbefugnis	192
1. Unterlassungsanspruch	193
a) Inhaltlich pflichtwidrige Maßnahme	193
b) Kompetenzwidrige Maßnahme	194
2. Schadensersatz	194
VIII. Aufhebung der Geschäftsführungsbefugnis	196
1. Entziehung	196
a) Anwendungsbereich	196
aa) BGB-Gesellschaft	196
bb) OHG und KG	197
b) Wichtiger Grund	197
c) Verfahren	198
aa) BGB-Gesellschaft	198
bb) OHG und KG	199
d) Wirkungen	201
aa) BGB-Gesellschaft	201
bb) OHG und KG	202
e) Abweichende Vereinbarungen	203
aa) Erleichterungen	203
bb) Erschwerungen	204
cc) Schiedsverfahren	204
2. Kündigung der Geschäftsführung	205
a) Gesetzliche Regelung	205
b) Vertragliche Vereinbarungen	206
IX. Haftung	207
1. Anspruchsgrundlage	207
2. Haftungsmaßstab der eigenüblichen Sorgfalt	208
3. Geltendmachung und Beweislast	209
4. Entlastung	210
5. Abweichende Vereinbarungen	211
C. Vertretung	211
I. Begriff	211
1. Abgrenzung zur Geschäftsführung	211
2. Vertretung der BGB-Gesellschaft	212
3. Natur der Vertretungsmacht	213
II. Ausübungsformen der Vertretung	214
1. Gesetzliche Vertretungsregelungen	214
a) BGB-Gesellschaft	214
b) OHG und KG	215
2. Einzelvertretung aller oder einzelner Gesellschafter und Wider- spruchsrecht	216
a) BGB-Gesellschaft	216
b) OHG und KG	216
3. Gesamtvertretung	217
a) Formen der Gesamtvertretung	217
aa) Allgemein	217
bb) Insbesondere: gemischte (unechte) Gesamtvertretung	218
b) Gemeinschaftliches Handeln	219

c) Ermächtigung einzelner Gesellschafter .....	220
d) Genehmigung .....	221
e) Empfang von Willenserklärungen und Wissenszurechnung ..	222
f) Eintragung ins Handelsregister .....	223
4. Dritte als Vertreter .....	225
a) Abspaltungsverbot und Selbstorganschaft .....	225
b) Ausnahmen .....	226
c) Delegation .....	227
III. Umfang der Vertretungsmacht .....	228
1. Gesetzliche Regelungen .....	228
a) BGB-Gesellschaft .....	228
b) OHG und KG .....	229
2. Beschränkungen der Vertretungsmacht .....	229
a) BGB-Gesellschaft .....	229
b) OHG und KG .....	230
3. Grenzen der Vertretungsmacht .....	231
4. Selbstkontrahierungsverbot .....	231
5. Überschreitung der Vertretungsmacht und Rechtsscheinhaftung ..	232
6. Missbrauch der Vertretungsmacht .....	232
IV. Aufhebung der Vertretungsmacht .....	233
1. Entziehung der Vertretungsmacht .....	233
a) Anwendungsbereich .....	234
aa) BGB-Gesellschaft .....	234
bb) OHG und KG .....	234
b) Wichtiger Grund .....	235
c) Verfahren .....	236
aa) BGB-Gesellschaft .....	236
bb) OHG und KG .....	236
d) Wirkungen .....	236
aa) BGB-Gesellschaft .....	236
bb) OHG und KG .....	236
e) Abweichende Vereinbarungen .....	237
aa) Erleichterung .....	237
bb) Erschwerung .....	237
2. Niederlegung .....	238
a) BGB-Gesellschaft .....	238
b) OHG und KG .....	238
V. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht .....	238
1. Prokura .....	239
a) Erteilung .....	239
b) Umfang .....	239
c) Widerruf und Erlöschen .....	241
d) Handelsregistereintragung .....	241
2. Handlungsvollmacht .....	242
a) Erteilung .....	242
b) Umfang .....	243
c) Widerruf und Erlöschen .....	243
d) Handelsregistereintragung .....	243
3. Generalvollmacht .....	243
a) Erteilung .....	243
b) Umfang .....	244
c) Widerruf und Erlöschen .....	244
d) Handelsregistereintragung .....	245

<b>D. Gesellschafterbeschlüsse</b>	245
I. Einführung	245
1. Rechtsnatur	245
2. Beschlussgegenstände	246
a) Grundlagengeschäfte	246
b) Geschäftsführungsmaßnahmen	247
c) Sonstige gemeinsame Gesellschaftsangelegenheiten	247
3. Mitwirkende Gesellschafter	248
II. Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses	248
1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages	248
a) Aufnahme eines neuen Gesellschafters	248
b) Einräumung einer Treuhänderstellung	249
c) Gesellschafterausschluss	249
aa) BGB-Gesellschaft	249
bb) OHG und KG	250
d) Entziehung der Geschäftsführungs- und/oder Vertretungs-	
befugnis	251
aa) BGB-Gesellschaft	251
bb) OHG und KG	251
e) Erhöhung der Beiträge	251
2. Auflösung/Liquidation der Gesellschaft	252
a) Auflösungsbeschluss	252
b) Maßnahmen in und nach der Liquidation	252
c) Fortsetzungsbeschluss	253
3. Sonstige Grundlagenentscheidungen	254
a) Feststellung des Jahresabschlusses	254
b) Veräußerung des Handelsgeschäfts	254
c) Gewinnverwendung	255
d) Umwandlung der Gesellschaft	255
e) Konzernbildung	256
aa) Gesellschaft wird abhängiges Unternehmen iSv. § 17 Abs. 1	
AktG	256
bb) Gesellschaft wird herrschendes Unternehmen iSv. § 17	
Abs. 1 AktG	257
cc) Abschluss eines Unternehmensvertrages	257
4. Geschäftsführungsmaßnahmen	257
a) Gesamtgeschäftsführung	257
b) Einzelgeschäftsführung	257
III. Gesellschafterversammlung	258
1. Grundsatz	258
2. Einberufung und Ladung	258
3. Teilnahmerecht	259
4. Ablauf	259
IV. Beschlussfassung	260
1. Einstimmigkeitsprinzip	260
2. Mehrheitsprinzip und Grenzen der Mehrheitsmacht	
(Inhaltskontrolle)	260
a) Bindung an Gesetz und gute Sitten	261
b) Treuepflicht	261
c) Gleichbehandlungsgrundsatz	262
d) Kernbereichslehre	262
e) Bestimmtheitsgrundsatz	263
f) Berechnung der Mehrheit	263

3. Form	263
4. Beschlussmängel	264
a) Grundlagen	264
b) Fehlergründe und -folgen	264
aa) Einzelne Stimmabgabe	264
bb) Gesellschafterbeschluss	265
c) Geltendmachung	266
V. Stimmrecht	267
1. Einführung	267
2. Stimmpflichten	267
a) Mitwirkungspflicht	267
b) Zustimmung-/Ablehnungspflicht	267
c) Geltendmachung	268
3. Stimmbindungsverträge	268
a) Grundsatz	268
b) Vertragspartner des Gesellschafters	269
c) Wirkungen und Durchsetzbarkeit	269
4. Gesetzlicher Stimmrechtsausschluss	270
a) Ausdrücklich geregelte Fälle	270
b) Analogie zu den körperschaftlichen Ausschlussgründen	270
c) Sonstige Interessenkonflikte	271
5. Stimmrechtsausschluss oder -einschränkung durch Gesellschafts-	
vertrag	271
a) Zulässigkeit	271
b) Schranken	272
6. Mehrstimmrechte	272
7. Mitwirkung Dritter	273
a) Eigenes Stimmrecht	273
b) Vertretung bei der Stimmabgabe	273
aa) Zulässigkeit	273
bb) Vertreterklauseln	273
c) Treuhand	274

## § 4 Gesellschafter

I. Der Gesellschafter	278
1. Arten von Gesellschaftern	279
a) Natürliche Personen	279
b) Juristische Personen	281
c) Gesamthandsgemeinschaften	282
2. Gesellschafterzahl	284
3. Kaufmannsgesellschaft	285
4. Mitunternehmerschaft	286
a) Transparenzprinzip	286
b) Gewerbliche Tätigkeit	287
c) Mitunternehmer	287
aa) Begriff	287
bb) Mitunternehmerinitiative	288
cc) Mitunternehmerisiko	288
dd) Gewinnerzielungsabsicht	288
ee) Verdeckte Mitunternehmerschaft	288
ff) Gesellschaftsverhältnis	288
gg) Familienpersonengesellschaften	289
5. Sonderfälle	291

a) Treuhand	291
aa) Grundlagen	291
bb) Begründung	292
cc) Rechtsstellung des Treuhänders	293
dd) Rechtsstellung des Treugebers	294
ee) Beendigung des Treuhandverhältnisses	295
b) Nießbrauch	295
aa) Grundlagen	295
bb) Begründung des Nießbrauchs	296
cc) Vermögensrechte	296
dd) Verwaltungsrechte	297
ee) Steuerliche Behandlung	298
c) Testamentsvollstreckung	299
aa) Allgemeines	299
bb) Kommanditanteil	299
cc) Anteil eines persönlich haftenden Gesellschafters	301
dd) Ersatzlösungen	301
ee) Steuerliche Pflichten	301
II. Die Mitgliedschaft	302
1. Begriff und Rechtsnatur	302
2. Keine Mehrfachmitgliedschaft	302
3. Mitgliedschaftliche Rechtsverhältnisse	303
a) Rechtsverhältnisse der Gesellschafter untereinander	303
b) Rechtsverhältnisse zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern	304
c) Drittgeschäfte	305
d) Steuerliche Behandlung von Gesellschaftergeschäften	306
aa) Drittgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	306
bb) Vergütungen für Tätigkeiten im Dienste der Gesellschaft	307
cc) Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	307
4. Verwaltungs- und Vermögensrechte	308
a) Verwaltungsrechte	308
b) Vermögensrechte	309
5. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	310
a) Erwerb	310
b) Mitgliederwechsel	310
aa) Aus- und Eintritt	310
bb) Übertragung der Mitgliedschaft	311
c) Beendigung	313
6. Belastung der Mitgliedschaft	313
a) Pfändung	313
b) Verpfändung	314
III. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	314
1. Beitragspflicht	314
a) Begriff	315
b) Inhalt	315
c) Bewertung	317
d) Erbringung	317
aa) Arten der Einbringung	318
bb) Mängel bei der Einbringung	321
e) Beitragserhöhungen	326
2. Pflicht zur Handelsregisteranmeldung	326

3. Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vertretung .....	328
a) Recht und Pflicht zur Geschäftsführung und Vertretung .....	328
b) Anmeldungs- und Einreichungspflichten .....	330
c) Recht auf Aufwendungsersatz und Pflicht zur Herausgabe des Erlangten .....	331
d) Stimmrecht und -pflicht .....	331
e) Widerspruchsrecht und Widerspruchspflicht .....	332
f) Pflicht zur Auskunft und Rechenschaft .....	333
g) Pflicht zur Aufstellung/Unterzeichnung des Rechnungs- bzw. Jahresabschlusses .....	333
h) Steuerrechtliche Pflichten .....	334
i) Sozialversicherungsrechtliche Pflichten .....	334
j) Pflicht zur Stellung des Insolvenzantrags .....	335
k) Allgemeine Pflichten .....	335
aa) Beachtung der Interessen der Gesellschaft .....	335
bb) Pflicht zur Befolgung von Weisungen .....	336
cc) Pflicht zur Einhaltung der Befugnisgrenzen .....	336
4. Recht zur Teilnahme an der Gesellschafterversammlung .....	338
5. Stimmrecht und Stimmpflicht .....	340
6. Widerspruchsrecht und -pflicht .....	344
7. Informationsrechte .....	345
a) Recht zur Einsichtnahme und Auskunft .....	345
aa) Angelegenheiten der Gesellschaft .....	345
bb) Einsichtsrecht .....	346
cc) Auskunftsrecht .....	347
dd) Ausübung .....	348
ee) Vertragliche Gestaltung .....	349
ff) Durchsetzung .....	349
b) Recht auf Rechnungsabschluss und Rechnungslegung .....	350
c) Recht auf Abschrift des Jahresabschlusses und Einsicht .....	350
aa) Ordentliches Informationsrecht .....	351
bb) Außerordentliches Informationsrecht .....	352
cc) Ausübung .....	353
dd) Vertragliche Gestaltung .....	353
8. Recht und Pflicht zur Feststellung des Jahresabschlusses .....	353
9. Recht auf anteiligen Jahresgewinn .....	355
a) Entstehung des Anspruchs .....	355
b) Höhe des Anspruchs .....	356
aa) Gesetzliche Regelung .....	356
bb) Vertragliche Regelungen .....	359
10. Entnahmerecht .....	362
a) Gesetzliche Regelung .....	362
aa) OHG .....	362
bb) KG .....	364
cc) GbR .....	364
b) Vertragliche Regelungen .....	365
11. Kündigungs-, Liquidations- und Ausschließungsrecht .....	366
12. Recht auf Auseinandersetzung- oder Abfindungsguthaben .....	369
13. Nachschusspflicht im Liquidationsstadium .....	369
14. Treuepflicht .....	370
a) Treuepflicht zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern .....	371
b) Treuepflicht der Gesellschafter untereinander .....	373

c) Rechtsfolgen	375
15. Wettbewerbsverbot	376
a) Wettbewerbsverbot, Treuepflicht, Geschäftschancenlehre	376
b) Inhalt und Ausgestaltung	377
c) Rechtsfolgen der Verletzung	379
d) Wettbewerbsverbot und Kartellverbot	380
e) Vereinbartes Wettbewerbsverbot und Entgeltzahlung	382
IV. Gleichbehandlung und Treuepflicht	382
1. Grundlagen	382
2. Ausprägungen des Gleichbehandlungsgrundsatzes	383
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	384
V. Durchsetzung von Ansprüchen	384
1. Arten der Ansprüche	384
2. Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesamthand (Sozialverbindlichkeiten)	385
3. Verpflichtungen des Gesellschafters gegenüber der Gesamthand (Sozialansprüche)	386
4. Drittgeschäfte	386
5. Actio pro socio	387
6. Grundlagengeschäfte	388
VI. Die Haftung des Gesellschafters	389
1. Gesellschaftstypen und Haftung	389
a) Außen- und Innengesellschaften	389
b) Personenhandels- und einfache Personengesellschaften	390
2. Gesamthandsverbindlichkeit und Gesellschafterverbindlichkeit	390
3. Unbeschränkte Gesellschafterhaftung	392
a) Personenhandelsgesellschaften	392
b) Einfache Personengesellschaften (GbR)	393
aa) Vorbemerkung	393
bb) Gesamthandsschulden	394
4. Beschränkte Gesellschafterhaftung	394
a) Personenhandelsgesellschaften	394
b) Einfache Personengesellschaften (GbR)	395
aa) Außengesellschaften (Erwerbsgesellschaften)	395
bb) Innengesellschaften	396

## § 5 Handelsrechtliche Rechnungslegung

<b>A. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)</b>	400
I. Grundlagen, Anwendungsbereich	400
II. Die gesetzlichen Regeln	401
III. Die gesellschaftsrechtliche „Bilanz“	402
1. Keine zwingende Beachtung aller handelsrechtlichen Bilanzierungsvorgaben	402
2. Sonderfall der Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes	403
3. Feststellung	403
4. Abschlussprüfung	404
<b>B. Die Personenhandelsgesellschaft (OHG, KG)</b>	405
I. Grundlagen	405
II. Die Personenhandelsgesellschaft als Rechnungslegungssubjekt	406
1. Handelsbilanz (HB)	406
2. Die steuerlich dominierte Betrachtungsweise	408
3. Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz	409

4. Der Betrieb und die Mitunternehmerschaft . . . . .	410
III. Die Gliederung des Jahresabschlusses, Abschlusserläuterungen, Informationsberechtigung der Gesellschafter . . . . .	411
IV. Eigen- versus Fremdkapital . . . . .	414
1. Überblick . . . . .	414
2. Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital allgemein . . . . .	415
3. Unklarheiten bei der Abgrenzung von Kapitalkonten und Gesellschafterdarlehen . . . . .	417
4. Die Aufgliederung der einzelnen Kapitalkonten . . . . .	419
5. Inhalt des Kapitalkontos . . . . .	420
6. Ergebnisverteilung und Entnahmeberechtigung der persönlich haftenden Gesellschafter nach dem gesetzlichen Regelstatut . . . . .	420
7. Kapitalanteil und Ergebnisverteilung der Kommanditisten nach dem gesetzlichen Regelstatut . . . . .	423
8. Betriebswirtschaftlich orientierte Vertragsgestaltung zur Konten- führung der Gesellschafter . . . . .	428
a) „Festkapital“ als Ansatz für die Darstellung des Eigenkapitals . . . . .	428
b) Festkapital – verstanden im Lichte des Eigenkapitals einer Kapitalgesellschaft . . . . .	429
c) Gewinnentnahmerechte als Fremdkapital . . . . .	430
d) Anwendbarkeit bei Kommanditisten . . . . .	432
e) Ein einziges Kapitalkonto bei Kommanditgesellschaften? . . . . .	435
f) Rechenschema zur Kontoführung der Gesellschafter im Zeit- verlauf . . . . .	436
V. Eigen- versus Fremdkapital nach IFRS . . . . .	437
1. Anwendungsbereich der IFRS-Rechnungslegung . . . . .	437
2. Eigenkapitaldefinition . . . . .	438
3. Probleme beim Abgrenzungskonzept des IASB . . . . .	438
4. Kapitalabgrenzung bei Personenhandelsgesellschaften . . . . .	439
a) Kündigungsrechte mit Abfindungsfolge . . . . .	439
b) Drohender EK-Verlust . . . . .	439
c) Kapitaleinordnung . . . . .	440
d) Kapitalanteile . . . . .	441
VI. Die GuV-Rechnung . . . . .	442
1. Die Abbildung der Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter in der GuV-Rechnung . . . . .	442
2. Steueraufwand . . . . .	444
a) Laufende Steuern . . . . .	444
b) Latente Steuern . . . . .	444
3. Ergebnisausweis . . . . .	445
VII. Besonderheiten bei der Holding-Personenhandelsgesellschaft . . . . .	446
VIII. Kompetenzen bei der Erstellung und Feststellung . . . . .	448
IX. Jahresabschlussprüfung und Bestätigungsvermerk . . . . .	451
X. Sondervorschriften des Publizitätsgesetzes (PublG) . . . . .	453
<b>C. Besonderheiten für die „Kapitalgesellschaft &amp; Co.“ (KapCo-Gesellschaft) . . . . .</b>	<b>453</b>
1. Betriebswirtschaftliche Grundlagen . . . . .	453
1. Der „Trick“ zur Vermeidung einer persönlichen Haftung natürlicher Personen . . . . .	453
2. Die Vermeidung von Doppelzählungen (Konsolidierung) . . . . .	454
3. Getrennte oder zusammengefasste Bilanzierung . . . . .	456
a) Getrennte Jahresabschlüsse . . . . .	456
b) Konsolidierung: Grundstruktur . . . . .	457

II. Der Regelungsgehalt des KapCoRiLiG – Überblick	458
1. Definition der „KapCo-Gesellschaften“	458
2. Generalverweis auf Kapitalgesellschaften	458
3. Befreiungsmöglichkeiten	459
4. Sonstige Vorschriften	459
III. Besondere Rechnungslegungsvorschriften für KapCo-Gesellschaften	459
1. Leistungsbeziehungen zum Gesellschafter	459
2. Das Eigenkapital	460
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung	461
4. Latente Steuern	462
5. Anhangangaben	463
6. Sonstige Sondervorschriften	464
IV. Gestaltungshinweise zur Vermeidung oder Verringerung der Publizität	464
V. Die Problembereiche des Ausweises von Eigenkapital und Ergebnis	465
1. Ausgangsüberlegungen	465
2. Gesellschafts- oder gesellschafterbezogene Betrachtungsweise	467
3. Negatives Eigenkapital	469
4. Trennung der Kapitalausweise für Gesellschafter (-Typen)	469
5. Der Ergebnisausweis in der Bilanz	470
a) Verluste	470
b) Gewinne	471
6. Empfehlungen für die Vertragspraxis	472

## § 6 Gewinnermittlung und Besteuerung

<b>A. Grundlagen der Besteuerung und der steuerlichen Gewinnermittlung</b>	475
I. Überblick	475
II. Ertragsteuern	476
1. Einkommensteuer	476
a) Einkunftsarten und Einkünfteerzielungsabsicht	476
b) Konkurrenz der Einkunftsarten	477
aa) Dominanz der gewerblichen Einkünfte	477
bb) Verhältnis gewerblicher Einkünfte zu anderen Einkünften	478
cc) Gewerblich geprägte Personengesellschaft	479
dd) Zedergesellschaften	479
2. Gewerbesteuer	480
3. Personengesellschaften und deren Gesellschafter als Steuer- subjekt	481
a) Einkommensteuer	481
b) Gewerbesteuer	481
c) Verkehrsteuern	482
d) Steuererklärungspflicht und Gewinnfeststellung	482
4. Einkunftsermittlung	483
a) Einkunftsarten	483
b) Gewinneinkunftsarten	483
c) Überschusseinkunftsarten	485
III. Substanzsteuern	486
<b>B. Mitunternehmerschaften</b>	486
I. Anwendungsbereich	486
II. Einkommensteuer	487
1. Zweistufiges Gewinnermittlungsverfahren	487
2. Ableitung der Steuerbilanz aus der Handelsbilanz	488
a) Maßgeblichkeitsprinzip und einheitliche Bilanzierung	488

b) Betriebsvermögen . . . . .	489
c) Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz . . . . .	491
aa) Abweichungen beim Ansatz . . . . .	491
bb) Abweichungen bei der Bewertung . . . . .	492
3. Entnahme und Einlage . . . . .	498
4. Ergänzungsbilanz . . . . .	500
a) Anwendungsbereich . . . . .	500
b) Gesellschafterwechsel . . . . .	501
c) Einbringung . . . . .	504
d) Übergang des Vermögens einer Kapitalgesellschaft . . . . .	505
e) Personenbezogene Vergünstigungen . . . . .	505
5. Sonderbetriebsvermögen und Sondervergütung . . . . .	506
a) Sonderbilanz und Sonder-Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	506
b) Arten des Sonderbetriebsvermögens . . . . .	508
c) Sondervergütungen . . . . .	510
d) Eigenbetrieb versus Sonderbetrieb des Gesellschafters . . . . .	513
6. Übertragung bzw. Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens . . . . .	515
a) Übertragungsszenarien . . . . .	515
b) Überführung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen den verschiedenen (mit)unternehmerischen Betriebsvermögen desselben Steuerpflichtigen (kein Rechtsträgerwechsel) . . . . .	516
c) Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen den verschiedenen (mit)unternehmerischen Betriebsvermögen (Rechtsträgerwechsel) . . . . .	516
d) Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen Schwesterpersonengesellschaften . . . . .	519
e) Missbrauchsvermeidung durch Sperrfristen . . . . .	520
7. Nichtabziehbare Betriebsausgaben . . . . .	522
III. Gewerbeertragsteuer . . . . .	530
1. Die Gesellschaft als Steuersubjekt . . . . .	530
2. Bemessungsgrundlage und Steuerfestsetzung . . . . .	530
3. Begründung und Beendigung der Steuerpflicht . . . . .	531
4. Überleitung vom Steuerbilanzgewinn zum Gewerbeertrag . . . . .	531
5. Hinzurechnungen und Kürzungen . . . . .	532
6. Ermittlung der Gewerbesteuer . . . . .	535
7. Verfahren . . . . .	535
IV. Ergebnisbeteiligung der Gesellschafter . . . . .	536
1. Verteilungsschlüssel . . . . .	536
2. Zeitpunkt der Zurechnung . . . . .	537
3. Angemessenheit des Verteilungsschlüssels . . . . .	538
4. Ein- und Austritt von Gesellschaftern . . . . .	538
5. Änderung des Gewinnverteilungsschlüssels . . . . .	539
6. Verlustbeteiligung . . . . .	539
a) Einkommensteuer . . . . .	539
b) Gewerbesteuer . . . . .	539
V. Einkommensteuerliche Entlastung . . . . .	540
1. Teileinkünfteverfahren . . . . .	540
2. Thesaurierungsbesteuerung (§ 34a EStG) . . . . .	540
a) Anwendungsbereich . . . . .	540
b) Nachversteuerung . . . . .	542
3. Gewerbesteueranrechnung nach § 35 EStG . . . . .	544
a) Begrenzung des Anrechnungsvolumens . . . . .	544

b) Anrechnung bei mehrstöckiger Mitunternehmerschaft und Organschaft .....	548
<b>C. Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....</b>	<b>549</b>
<b>§ 7 Finanzierung von Personengesellschaften</b>	
<b>A. Finanzierung von Personengesellschaften als „integrierte Gestaltungsaufgabe“ .....</b>	<b>554</b>
<b>B. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Grundlagen der Finanzierung von Personengesellschaften .....</b>	<b>556</b>
I. Außen- und Innenfinanzierung von Personengesellschaften .....	556
II. Eigen- versus Fremdkapital einer Personengesellschaft in Handels- und Steuerrecht .....	557
III. Steuerliche Begrenzungen der Finanzierungsfreiheit von Personengesellschaften .....	560
1. Steuerliches Gebot der Finanzierungsfreiheit .....	560
2. Finanzierungsbezug von Sonderbetriebsvermögen .....	561
3. Finanzierungsbezug bei § 15a EStG .....	563
4. Schuldzinsenabzug bei PersGes-bezogenen Überentnahmen (§ 4 Abs. 4a EStG) .....	565
5. Gewerbesteuerliche Sonderbelastung für Finanzierungskostenbestandteile (§ 8 Nr. 1 GewStG) .....	567
6. Gesellschafterbezogene Thesaurierungsrücklage nach § 34a EStG und Stärkung der Innenfinanzierungskraft .....	569
IV. Finanzierungsrelevante PersGes-Sonderfragen: Mezzanine Finanzierung, IFRS-Rechnungslegung .....	570
<b>C. Zinsschranke bei Personengesellschaften .....</b>	<b>574</b>
I. Steuerliche „Grundmechanik“ der Zinsschranke .....	574
II. Zinsschranke und Sondervergütungen .....	576
III. Zinsschranke bei mehrstufigen Mitunternehmerschaften .....	578
IV. Personengesellschaften als „Zinsschranken-Organträger“ .....	579
V. Zinsschranke bei einer Mitunternehmerschaft, die einer Kapitalgesellschaft nachgeordnet ist .....	580
VI. „Zerstörung“ von Zinsvortrag/ EBITDA-Vortrag bei Personengesellschaften .....	582
VII. Gesellschaftsvertraglicher Regelungsbedarf .....	584
<b>D. Personengesellschaften als Instrument zur steueroptimierten Finanzierungsgestaltung .....</b>	<b>585</b>
I. Personengesellschaften als Akquisitionsvehikel zur Zinsabzugs-optimierung .....	585
II. Mehrfache Zinsschranken-Freigrenzenutzung .....	587
III. Teilwertabschreibungen bei Darlehensgewährung über Personengesellschaften im Konzern (§ 8b Abs. 3 KStG, § 3c Abs. 2 EStG) .....	588
IV. Finanzierungen bei Personengesellschaften „über die Grenze“ und § 1 AStG .....	590
<b>E. Finanzierung von Personengesellschaften in der Krise .....</b>	<b>591</b>
<b>F. Schlussbemerkung .....</b>	<b>593</b>
<b>§ 8 Ausscheiden</b>	
<b>A. Einleitung .....</b>	<b>597</b>

<b>B. Freiwilliges Ausscheiden aus der Personengesellschaft</b>	599
I. Einseitiges Ausscheiden	599
1. BGB-Gesellschaft und Personenhandelsgesellschaften:	
Voraussetzungen und Unterschiede	599
2. Kündigung	601
a) Gesetzliche Regelung	601
aa) Ordentliche Kündigung	601
bb) Außerordentliche Kündigung	602
cc) Prüfungsschema	603
dd) Wichtiger Grund bei der außerordentlichen Kündigung	604
ee) Ausübung der Kündigung	609
b) Vertragliche Abwandlungen und ihre Grenzen	610
aa) Schranken der Vertragsgestaltung	610
bb) Zulässige Klauseln	614
cc) Rechtsfolgen unzulässiger Kündigungsbestimmungen	615
II. Einvernehmliches Ausscheiden	615
1. Austrittsvertrag	615
2. Übertragung des Gesellschaftsanteils	616
a) Übertragbarkeit	616
b) Gegenstand und Umfang der Übertragung – Verfügungsvertrag	617
c) Gestaltungsmöglichkeiten, die die Übertragbarkeit eröffnen	619
d) Form der Übertragung	620
e) Besonderheiten bei der KG – Anteilsübertragung aus Haftungsgründen	621
3. Kombination beider Wege – Ausscheiden und Übertragung	622
<b>C. Unfreiwilliges (zwangsweises) Ausscheiden</b>	622
I. Ausschluss	623
1. Gesetzliche Regelung	623
a) BGB-Gesellschaft	623
aa) Voraussetzungen	623
bb) Verfahren	624
b) Personenhandelsgesellschaften	626
c) Prüfungsschema	627
2. Vertragliche Abwandlungen und ihre Grenzen	627
a) Abweichungen bei der BGB-Gesellschaft	627
b) Abweichungen bei der Personenhandelsgesellschaft	630
II. Automatisches Ausscheiden	631
III. Kündigung durch Dritte	633
1. Fortsetzungsvereinbarung als Voraussetzung	633
2. Zwingende und dispositive Regelungsbestandteile	634
3. Voraussetzungen, Besonderheiten und Folgen der Kündigung durch Dritte	634
a) Voraussetzungen	634
b) Besonderheiten der Kündigung	635
c) Folgen	636
<b>D. Rechtsfolgen des Ausscheidens</b>	636
I. Rechtsfolgen auf Seiten des ausscheidenden Gesellschafters	636
1. Abfindungsanspruch und Ausgleich eines Fehlbetrages	637
a) Gesetzliche Regelung	637
aa) Bewertung des Gesellschaftsvermögens und des Anteils	637
bb) Berechnung des Abfindungsanspruches – Abschichtungsbilanz oder Abrechnung? – Grundsatz der Gesamtabrechnung	639

b) Abweichende Vereinbarungen und deren Grenzen	643
2. Rückgabe, Schuldbefreiung, schwebende Geschäfte	650
a) Gesetzliche Regelung	650
aa) Rückgabe von Gegenständen	650
bb) Befreiung von gemeinschaftlichen Verbindlichkeiten	651
cc) Beteiligung an schwebenden Geschäften	651
b) Abweichende Vereinbarungen	653
3. Steuerliche Folgen beim ausscheidenden Gesellschafter	654
a) Einkommensteuer	654
aa) Steuerpflicht bei gewerblicher Beteiligung	654
bb) Besteuerungstatbestand: Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	654
cc) Veräußerungsgewinn	656
dd) Progressionsmilderung und Zuflussbesteuerung	658
ee) Sachwertabfindung	658
b) Umsatzsteuer	659
II. Rechtsfolgen auf Seiten der Gesellschaft und der verbleibenden Gesellschafter	660
1. Anwachsung	660
2. Besonderheit bei der Zwei-Mann-Gesellschaft, Übernahmerecht	661
3. Steuerfolgen	663
a) Einkommensteuer	663
aa) Steuerliche Qualifizierung	663
bb) Abfindung zum und über dem Buchwert des Anteils	663
cc) Abfindung bei negativem Kapitalkonto	664
dd) Abfindung unter dem Buchwert	665
ee) Sachwertabfindung	667
b) Gewerbesteuer	667
c) Schenkungsteuer	667
d) Grunderwerbsteuer	668
<b>E. Nachhaftung und Wiederaufleben der Haftung</b>	669
I. Begrenzung der Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	669
II. Wiederaufleben der Haftung des ausscheidenden Kommanditisten	671
<b>F. Handelsregisteranmeldung</b>	672
 <b>§ 9 Erbfolge, Schenkung, Güterstandsregelungen</b>	
<b>A. Tod eines Personengesellschafters</b>	675
I. Überblick	675
II. Gesetzliche Regelungen	679
1. Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters	679
a) OHG und KG	679
b) BGB-Gesellschaft	680
2. Tod eines Kommanditisten	681
3. Tod eines stillen Gesellschafters	681
4. Tod eines Partners	682
III. Gesellschaftsvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	682
1. Vorbemerkung	682
2. Fortsetzungsklauseln	683
3. Nachfolgeklauseln	686
a) Einführung	686
b) Erbrechtliche Nachfolgeklauseln	687
c) Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklauseln	696

4. Eintrittsklauseln	697
IV. Sonstige erbrechtliche, letztwillige oder lebzeitige Gestaltungsmöglichkeiten	699
1. Vor- und Nacherbschaft bei Personengesellschaftsanteilen	699
2. Testamentsvollstreckung	701
a) Einführung	701
b) Testamentsvollstreckung am Gesellschaftsanteil eines persönlich haftenden Gesellschafters	702
c) Testamentsvollstreckung an einer Kommanditbeteiligung	706
d) Testamentsvollstreckung bei einer stillen Gesellschaft	707
3. Vorweggenommene Erbfolge	707
4. Erbverträge und Pflichtteilsverzichte	709
5. Güterstandsvereinbarungen	709
6. Der Personengesellschaftsanteil als Gegenstand eines Vermächnisses	710
<b>B. Schenkung von Personengesellschaftsanteilen</b>	710
I. Allgemeines	710
II. Die zivilrechtliche Seite der Schenkung von Personengesellschaftsanteilen	711
1. Allgemeines	711
2. Schenkungstatbestand	711
a) Form der Zuwendung	711
b) Schenkungsgegenstand	713
c) Unentgeltlichkeit	713
3. Formerfordernis	715
4. Die Rückforderung nach Schenkungsrecht	716
a) Gesetzliche Rückforderungstatbestände	716
b) Vertragliche Widerrufsvorbehalte und Rückfallklauseln	718
5. Schenkung unter Auflage, insbesondere Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	720
6. Schenkung auf den Todesfall	725
7. Erbrechtliche Anrechnungs-, Ausgleichs- und Ergänzungsansprüche	725
<b>C. Buchwertfortführung</b>	728
I. Unentgeltliche Übertragung betrieblicher Einheiten (§ 6 Abs. 3 EStG)	729
1. Quotale Übertragungen	729
2. Disquotale Übertragungen von Gesamthandsvermögen und Sonderbetriebsvermögen	730
a) Unterquotale Übertragung	730
b) Überquotale Übertragung	730
II. Unentgeltliche Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 5 EStG)	731
III. Kombinationen zwischen § 6 Abs. 3 und Abs 5 EStG	731
<b>D. Erbschaft- und Schenkungsteuer</b>	732
I. Steuerpflichtiger Tatbestand	732
1. Steuerpflicht nach deutschem Recht	732
a) Unbeschränkte Steuerpflicht	732
b) Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht	733
c) Beschränkte Steuerpflicht	733
d) Erweitert beschränkte Steuerpflicht	734
e) Wegzugsbesteuerung	734
f) Doppelbesteuerungsabkommen	734
g) Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer	735
2. Tatbestände	736
a) Erwerbe von Todes wegen	736

b) Schenkungen unter Lebenden . . . . .	737
II. Steuerbefreiungen . . . . .	739
1. Zugewinnausgleich . . . . .	739
a) § 5 Abs. 1 ErbStG . . . . .	740
b) § 5 Abs. 2 ErbStG . . . . .	740
2. Familienheim . . . . .	741
a) Erwerb durch Ehegatten oder Lebenspartner . . . . .	741
b) Erwerb durch Kinder und Enkel . . . . .	742
3. Sonstige Änderungen des § ErbStG . . . . .	743
III. Besteuerungsverfahren . . . . .	744
1. Bewertung . . . . .	744
a) Grundvermögen . . . . .	744
b) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen . . . . .	747
c) Gewerbebetriebe, Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften . . . . .	747
2. Bemessungsgrundlage . . . . .	752
a) Gesetzliche Reduzierungen . . . . .	752
b) Änderungen durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz . . . . .	764
c) Persönliche Freibeträge . . . . .	771
d) Privatautonome Reduzierungen . . . . .	771
3. Steuerbelastung . . . . .	777
a) Entlastungsbetrag . . . . .	777
b) Zusätzliche Stundungstatbestände . . . . .	778
c) Nachsteuer . . . . .	778
d) Vermeidung der Doppelbelastung mit Erbschaft- und Ertragsteuern . . . . .	782
<b>E. Güterstandsregelungen . . . . .</b>	<b>782</b>
I. Die verschiedenen Güterstände der Ehe . . . . .	783
1. Zugewinnngemeinschaft . . . . .	783
a) Zugewinnausgleich bei Scheidung . . . . .	783
b) Zugewinnausgleich beim Erbfall . . . . .	784
2. Gütertrennung . . . . .	785
3. Gütergemeinschaft . . . . .	785
4. Modifizierte Zugewinnngemeinschaft . . . . .	786
II. Gesellschaftsvertragliche Regelungen im Zusammenhang mit ehelichen Güterständen . . . . .	788
 <b>§ 10 Umwandlungen</b>	
<b>A. Allgemeines . . . . .</b>	<b>795</b>
I. Motive für Umstrukturierungen . . . . .	795
II. Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz und sonstige Umstrukturierungen . . . . .	796
1. Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz . . . . .	796
2. Sonstige Umstrukturierungen . . . . .	799
III. Ermittlung der einschlägigen Vorschriften des Umwandlungsgesetzes . . . . .	799
IV. Ablauf von Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz . . . . .	800
V. Schutzprinzipien des Umwandlungsgesetzes . . . . .	803
1. Schutz der Anteilinhaber . . . . .	803
2. Schutz der Inhaber von Sonderrechten . . . . .	803
3. Schutz der Gläubiger . . . . .	803
4. Schutz der Arbeitnehmer . . . . .	805
VI. Grenzüberschreitende Umstrukturierungen . . . . .	806
VII. Das UmwStG in der Fassung des SEStEG . . . . .	807

1. Anwendbarkeit des UmwStG . . . . .	808
2. Wesentliche Änderungen des UmwStG i.d.F. des SEStEG . . . . .	809
a) Aufgabe des Maßgeblichkeitsgrundsatzes . . . . .	810
b) Steuerliche Rückwirkung . . . . .	810
c) Aufgabe des Konzeptes der einbringungsgeborenen Anteile . . . . .	811
3. Grunderwerbsteuer bei Umwandlung im Konzern gem. § 6a GrEStG . . . . .	812
<b>B. Formwechsel . . . . .</b>	<b>813</b>
I. Rechtsnatur . . . . .	813
II. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft (Zivilrecht) . . . . .	814
1. Möglichkeiten des Formwechsels in eine Personengesellschaft . . . . .	814
a) Überblick . . . . .	814
b) Sonderproblem: Formwechsel in eine GmbH & Co. KG . . . . .	814
c) Sonderproblem: Formwechsel einer Ein- Personen-Kapitalgesellschaft . . . . .	817
2. Ablauf des Formwechsels in eine Personengesellschaft . . . . .	818
a) Der Entwurf des Umwandlungsbeschlusses . . . . .	818
aa) Obligatorischer Inhalt . . . . .	818
bb) Fakultativer Inhalt . . . . .	821
b) Der Umwandlungsbericht und das Barabfindungsangebot . . . . .	821
aa) Der Umwandlungsbericht . . . . .	821
bb) Das Barabfindungsangebot . . . . .	823
c) Der Umwandlungsbeschluss . . . . .	824
d) Anmeldung und Eintragung . . . . .	827
III. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft (Steuerrecht) . . . . .	830
1. Steuerliche Rückwirkung . . . . .	831
2. Bilanzierung bei dem formwechselnden Rechtsträger . . . . .	832
a) Grundsatz . . . . .	832
b) Bewertungswahlrecht . . . . .	833
c) Rechtsfolgen der Wertansätze . . . . .	834
d) Besteuerung des Übertragungsgewinns/-verlusts . . . . .	836
3. Bilanzierung bei dem Rechtsträger neuer Rechtsform . . . . .	837
4. Ermittlung des Übernahmeergebnisses . . . . .	838
a) Übernahmeergebnis 1. Stufe . . . . .	840
b) Übernahmeergebnis 2. Stufe . . . . .	840
c) Besteuerung des Übernahmeergebnisses . . . . .	841
5. Besteuerung auf Ebene der Gesellschafter . . . . .	842
6. Gewerbesteuer . . . . .	843
7. Grenzüberschreitender Formwechsel . . . . .	844
IV. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft (Zivilrecht) . . . . .	845
1. Möglichkeiten des Formwechsels einer Personengesellschaft . . . . .	845
a) Überblick . . . . .	845
b) Sonderprobleme: Formwechsel von GmbH & Co. KG in Ein-Personen-Gesellschaften . . . . .	845
2. Ablauf des Formwechsels einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft oder eG . . . . .	846
a) Der Entwurf des Umwandlungsbeschlusses . . . . .	846
b) Der Umwandlungsbericht und das Barabfindungsangebot . . . . .	847
aa) Der Umwandlungsbericht . . . . .	847

bb) Das Barabfindungsangebot	848
c) Der Umwandlungsbeschluss – Beschlussfassung und Kapitalaufbringung	849
aa) Die Beschlussfassung	849
bb) Die Kapitalaufbringung	852
d) Anmeldung und Eintragung	855
V. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft (Steuerrecht)	857
1. Besonderheiten bei dem formwechselnden Rechtsträger	858
a) Ergänzungsbilanz/Sonderbetriebsvermögen	859
b) Steuerliche Rückwirkung und Bilanzierung	862
2. Besonderheiten bei dem Rechtsträger neuer Rechtsform	863
a) Bewertungswahlrecht	863
b) Auswirkungen auf die künftige Bilanzierungspraxis	866
3. Auswirkungen auf die Gesellschafter	866
4. Ermittlung und Besteuerung des Einbringungsgewinns	869
5. Exkurs: Formwechsel in die KGaA	870
C. Verschmelzung	871
I. Die Verschmelzung auf eine Personengesellschaft (Zivilrecht)	871
1. Möglichkeiten der Verschmelzung auf eine Personengesellschaft	871
a) Überblick	871
b) Sonderprobleme	872
aa) Besondere Beteiligte	872
bb) Besondere Konstellationen	874
2. Ablauf der Verschmelzung auf eine Personengesellschaft	875
a) Der Verschmelzungsvertrag	875
aa) Abschluss und Form	875
bb) Obligatorischer Inhalt	876
cc) Fakultativer Inhalt	882
dd) Erfüllung, Änderung, Nichtigkeit	883
ee) Zuleitung an den Betriebsrat	884
b) Der Verschmelzungsbericht	885
c) Die Prüfung der Verschmelzung	886
d) Der Verschmelzungsbeschluss	888
e) Anmeldung und Eintragung	889
II. Die Verschmelzung auf eine Personengesellschaft (Steuerrecht)	894
1. Steuerlicher Übertragungstichtag und Rückwirkung	895
2. Bewertungswahlrecht nach § 3 UmwStG	896
3. Fiktion der Beteiligung an der übertragenden Kapitalgesellschaft	896
4. Ermittlung und Besteuerung des Übernahmeergebnisses	899
5. Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden Personengesellschaft	900
6. Grenzüberschreitende Verschmelzung	901
III. Die Verschmelzung einer Personengesellschaft (Zivilrecht)	901
1. Möglichkeiten der Verschmelzung einer Personengesellschaft	901
a) Überblick	901
b) Sonderprobleme	902
2. Ablauf der Verschmelzung einer Personengesellschaft	905
a) Der Verschmelzungsvertrag	905
aa) Obligatorischer Inhalt	905
bb) Fakultativer Inhalt	908
b) Der Verschmelzungsbericht	908
c) Die Prüfung der Verschmelzung	909

d) Der Verschmelzungsbeschluss .....	910
e) Anmeldung und Eintragung .....	910
IV. Die Verschmelzung einer Personengesellschaft (Steuerrecht) .....	912
1. Rückwirkung und Bilanzierung beim Einbringenden .....	913
2. Gegenstand der Einbringung, Einbringender .....	913
3. Mitunternehmerstellung .....	914
4. Bilanzierung bei der übernehmenden Personengesellschaft .....	915
5. Besteuerung des Einbringungsgewinns .....	918
6. Sonstige Auswirkungen der Verschmelzung .....	920
<b>D. Spaltung</b> .....	921
I. Die Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft (Zivilrecht) .....	921
1. Möglichkeiten der Spaltung unter Beteiligung einer Personen-	
gesellschaft .....	921
a) Überblick .....	921
b) Besonderheiten .....	922
2. Ablauf der Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft .....	926
a) Der Spaltungs- und Übernahmevertrag bzw. der Spaltungsplan .....	926
aa) Abschluss und Form .....	926
bb) Obligatorischer Inhalt .....	927
cc) Fakultativer Inhalt .....	935
dd) Erfüllung, Änderung, Nichtigkeit .....	936
ee) Zuleitung an den Betriebsrat .....	936
b) Der Spaltungsbericht .....	936
c) Die Prüfung der Spaltung .....	937
d) Der Spaltungsbeschluss .....	939
e) Anmeldung und Eintragung .....	941
II. Die Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft (Steuerrecht) .....	944
1. Spaltung aus einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft .....	944
a) Übergehendes Vermögen als Teilbetrieb .....	944
b) Steuerliche Bewertung .....	947
c) Ermittlung des Übernahmeergebnisses .....	948
d) Verlustabzug gem. § 16 S. 1 i.V.m. § Abs. 3 UmwStG .....	949
2. Spaltung einer Personengesellschaft auf eine Personengesellschaft .....	950
a) Einschlägige Vorschriften .....	950
b) Einbringung in eine Personengesellschaft .....	951

## § 11 Die Personengesellschaft in Krise, Sanierung und Insolvenz

<b>A. Zum Begriff der Krise</b> .....	955
I. Der betriebswirtschaftliche Krisenbegriff .....	955
II. Der rechtliche Krisenbegriff .....	957
1. Insolvenzfähigkeit und Antragsberechtigung .....	958
2. Zahlungsunfähigkeit .....	961
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	964
4. Beurteilung drohender/eingetretener Zahlungsunfähigkeit .....	966
5. Überschuldung .....	968
<b>B. Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit</b> .....	973
I. Sanierungsfähigkeit .....	974
1. Sanierungskonzept .....	975
a) Beschreibung des Unternehmens .....	975
b) Analyse des Unternehmens .....	976
c) Leitbild des sanierten Unternehmens .....	976
d) Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens .....	976

aa) Management und Organisation	977
bb) Absatzkonzept	980
cc) Produktions- und Materialwirtschaftskonzept	980
dd) Forschungs- und Entwicklungskonzept	981
e) Planverbrechungsrechnungen	981
2. Finanzwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen	982
a) Bar- oder Sachkapitalerhöhung	982
b) Gesellschafterdarlehen	986
c) Gewährung neuer Kredite durch Dritte	987
d) Sicherheitengestellung durch Gesellschafter	988
e) Forderungsverzichte	989
f) Rangrücktrittserklärungen	991
g) Patronatserklärungen	992
h) Verkauf von Anlage- und Umlaufvermögen	994
3. Personalwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen	994
a) Entgeltkürzungen	995
b) Eingriffe in Betriebsrentenansprüche	997
c) Personalabbaumaßnahmen	1000
II. Sanierungswürdigkeit	1002
1. Außergerichtliche oder gerichtliche Liquidation	1003
2. Außergerichtliche oder gerichtliche Sanierung	1005
a) Vorrang der Unternehmensfortführung	1006
b) Möglichkeiten einer gesteuerten Insolvenz	1008
c) Arbeitsrechtliche Erleichterungen	1011
<b>C. Pflichten der Gesellschafter in der Krise</b>	1014
I. Verpflichtung zur Mitwirkung an Sanierungs- oder Abwicklungsmaßnahmen	1014
II. Nachschussverpflichtungen	1015
III. Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Auflösung	1016
IV. Insolvenzantragspflichten	1016
V. Jahresabschluss	1017
1. Aufstellungsfrist	1017
2. Ansatz und Bewertung	1018
<b>D. Haftung der Gesellschafter in Krise und Insolvenz</b>	1019
I. Haftung für Steuerschulden	1020
1. Haftung der Gesellschafter	1020
2. Haftung der Geschäftsführer	1021
II. Haftung für rückständige Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung	1023
1. Haftung der Gesellschafter	1023
2. Haftung der Geschäftsführer	1024
III. Haftung des Kommanditisten	1025
1. Haftungsbefreiende Leistung der Pflichteinlage	1025
2. Wiederaufleben der Haftung des Kommanditisten	1026
3. Eigenkapitalersatzrecht	1027
4. Kapitalerhaltungsregelungen der §§ 30, 31 GmbHG analog	1028
IV. Haftungsrisiken von Gesellschaftern und Geschäftsführern in der Insolvenz	1031
1. Haftung der Gesellschafter	1031
2. Haftung der Geschäftsführer	1035
a) Verpflichtung zur Erstattung verbotener Auszahlungen	1035
b) Insolvenzverschleppungshaftung	1036
c) Insolvenzverursachungshaftung	1037

V. Insolvenzanfechtung .....	1040
 <b>§ 12 Auflösung und Liquidation</b>	
<b>A. Vorbemerkung</b> .....	1048
<b>B. Auflösung der Personengesellschaft</b> .....	1050
I. Auflösungsgründe .....	1050
1. Auflösungsgründe, die zur Liquidation führen .....	1050
a) Zeitablauf .....	1050
b) Auflösungsbeschluss .....	1051
c) Tod eines Gesellschafters .....	1052
d) Gesellschafterinsolvenz .....	1052
e) Kündigung .....	1053
aa) Kündigung durch einen Gesellschafter .....	1053
bb) Kündigung durch Pfändungspfandgläubiger .....	1055
f) Gerichtliche Entscheidung .....	1056
g) Zweckerreichung/Unmöglichkeit .....	1058
2. Auflösungsgründe, die nicht zur Liquidation führen .....	1058
a) Anwachsung/Gesamtrechtsnachfolge .....	1058
b) Insolvenz der Gesellschaft .....	1058
II. Rechtsfolgen der Auflösung .....	1059
1. Auswirkungen auf die Gesellschaft .....	1059
2. Fehlerhafte Auflösung .....	1060
III. Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft .....	1060
IV. Durchführung der Liquidation .....	1060
1. Überblick .....	1060
2. Träger der Liquidation .....	1061
a) Stellung der Gesellschafter .....	1061
aa) Gesellschafterrechte .....	1061
bb) Gesellschafterpflichten .....	1061
b) Liquidatoren .....	1061
3. Anmeldung der Auflösung .....	1062
4. Liquidationsverfahren .....	1063
a) Auseinandersetzung unter Abwicklung der Gesellschaft .....	1063
b) Andere Arten der Auseinandersetzung .....	1065
aa) Übernahme des Gesellschaftsvermögens durch einen Gesellschafter .....	1065
bb) Veräußerung des gesamten Unternehmens an einen Dritten .....	1066
<b>C. Rechnungslegung</b> .....	1067
I. Vorbemerkungen .....	1067
II. Liquidationseröffnungsbilanz .....	1067
III. Liquidationsschlussbilanz .....	1068
<b>D. Besteuerung in der Liquidation</b> .....	1068
I. Mitunternehmenschaften .....	1068
1. Überblick .....	1068
2. Betriebsveräußerung, Betriebsaufgabe und Realteilung .....	1071
a) Abgrenzung .....	1071
b) Ermittlung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns .....	1073
c) Begünstigte Gewinne im Rahmen der Liquidation .....	1077
d) Nicht begünstigte Gewinne im Rahmen der Liquidation ....	1077
aa) Personenidentität .....	1077
bb) Allmähliche Einstellung des Betriebes .....	1078

cc) Laufende Gewinne	1078
e) Freibetrag	1078
f) Tarifiermäßigung	1079
g) Zurechnung zu den Gesellschaftern	1080
3. Veräußerung des ganzen Gewerbebetriebes gegen wiederkehrende Bezüge	1081
4. Besonderheiten bei der Liquidation einer KG	1081
5. Gewerbesteuer	1082
II. Personengesellschaft mit freiberuflicher Tätigkeit	1083
III. Vermögensverwaltende Personengesellschaften	1083

## § 13 GmbH & Co. KG

<b>A. Einleitung</b>	1088
I. Gründe für die Unternehmensform „GmbH & Co. KG“	1088
II. Die zivilrechtliche Anerkennung der GmbH & Co. KG	1089
III. Die steuerrechtliche Anerkennung der GmbH & Co. KG	1089
IV. Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG	1090
<b>B. Gründung der GmbH &amp; Co. KG</b>	1091
I. Neugründung	1091
1. Komplementär-GmbH	1091
2. Kommanditgesellschaft	1094
II. Umwandlung, Beitritt und Einbringung	1096
III. Herstellen einer Gesellschafteridentität	1096
1. Personenidentische GmbH & Co. KG	1096
a) Abtretung und Vererbung	1096
b) Kündigung und Ausschluss	1097
2. Einheitsgesellschaft	1097
<b>C. Organisation der GmbH &amp; Co. KG</b>	1098
I. Geschäftsführung und Vertretung	1098
1. GmbH & Co. KG	1098
a) Geschäftsführung	1098
b) Vertretung	1098
2. Geschäftsführung und Vertretung in der Einheitsgesellschaft	1099
3. Geschäftsführung und Vertretung in der Komplementär-GmbH	1099
4. Verbot des Selbstkontrahierens	1100
II. Geschäftsführervertrag	1100
III. Gesellschafterversammlung	1102
1. GmbH	1102
2. GmbH & Co. KG	1102
3. Einheitsgesellschaft	1102
IV. Aufsichtsrat	1103
1. Drittelbeteiligungsgesetz	1103
2. § 4 MitbestG	1104
a) Voraussetzungen zur Bildung des Aufsichtsrats und Zusammensetzung	1104
b) Wesentliche Aufgaben	1104
c) Vermeidung eines Aufsichtsrats	1105
3. § 5 MitbestG	1106
V. Wettbewerbsverbot	1106
1. Komplementär-GmbH	1106
2. Kommanditisten	1106
3. Geschäftsführer der Komplementär-GmbH	1107

<b>D. Finanzierung</b>	1107
I. Pflichteinlage	1107
II. Gesellschafterdarlehen und Nutzungsüberlassung	1110
III. Verzicht auf Rückzahlungsanspruch	1110
<b>E. Jahresabschluss</b>	1112
I. Abschlusspflicht	1112
II. Offenlegungs- und Prüfungspflicht	1113
<b>F. Laufende Besteuerung</b>	1116
I. Einkommen-/Körperschaftsteuer	1116
1. Steuersubjekteigenschaft	1116
2. Art der Einkünfte	1116
a) Gewerbliche Einkünfte kraft Tätigkeit	1116
b) Gewerblich geprägte Einkünfte	1117
3. Mitunternehmerstellung	1122
a) Komplementär-GmbH	1122
b) Kommanditisten	1122
c) Verdeckte Mitunternehmerschaft	1122
4. Gewinnermittlung und Einkünftezurechnung	1123
5. Besonderheiten	1126
a) Verdeckte Gewinnausschüttungen	1126
b) Zinsschranke	1128
II. Gewerbesteuer	1128
1. Gewerbesteuersubjekt	1128
2. Organschaft	1129
3. Gewerbeertrag	1129
III. Umsatzsteuer	1130
<b>G. Ausscheiden aus der Gesellschaft, Anteilsübertragung</b>	1131
I. Formerfordernisse	1131
II. Übergang von Todes wegen	1131
III. Steuerliche Konsequenzen	1133
<b>H. Haftung</b>	1134
1. Haftung der Gesellschafter der GmbH	1134
a) Vor-GmbH	1134
b) §§ 30, 31 GmbHG	1135
c) §§ 32a, 32b GmbHG a.F. und Rechtsprechungsgrundsätze	1136
2. Haftung der Gesellschafter der KG	1136
a) Grundsätzliche Haftung	1136
b) §§ 30, 31 GmbHG analog	1136
c) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen und Nutzungsüberlassungen	1138
aa) §§ 172a HGB a.F., 32a, 32b GmbHG a.F.	1138
bb) Rechtsprechungsgrundsätze analog §§ 30, 31 GmbHG a.F.	1138
cc) Kleinanlegerschutz und Sanierungsprivileg	1139
d) Allgemeine Durchgriffshaftung	1139
3. Haftung des Geschäftsführers	1139
<b>I. Auflösung, Insolvenz und Liquidation</b>	1140
I. Auflösung	1140
1. Allgemeines	1140
2. Mehrheitserfordernis für Auflösungsbeschluss	1140
3. Tod eines Gesellschafters	1140
4. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1141

II. Insolvenz	1141
1. Zwingende Insolvenzgründe	1141
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit	1143
3. Konsequenzen für die KG	1143
4. Konsequenzen für die Gesellschafter	1144
a) Insolvenzrechtliche Lösung statt Eigenkapitalersatz	1144
b) Gesellschafterdarlehen und vergleichbare Rechtshandlungen	1145
c) Gesellschafterbesicherte Drittdarlehen	1146
d) Anfechtbarkeit aufgrund § 135 InsO	1146
e) Nutzungsüberlassung	1147
III. Liquidation	1148
1. Gesellschaftsrecht	1148
2. Steuerrecht	1148

## § 14 Stille Gesellschaft

<b>A. Handels- und Gesellschaftsrecht</b>	1150
I. Grundlagen	1150
1. Begriff und Rechtsnatur der stillen Gesellschaft	1150
2. Erscheinungsformen der stillen Gesellschaft	1151
3. Abgrenzung der stillen Gesellschaft zu verwandten Rechtsinstituten	1153
II. Die Begründung der stillen Gesellschaft	1153
III. Rechtsverhältnisse bei der stillen Gesellschaft	1156
1. Innenverhältnis	1156
2. Außenverhältnis	1157
IV. Bilanzierungsgrundsätze	1158
1. Bilanzierung beim Inhaber des Handelsgewerbes	1158
a) Vermögenseinlage	1158
b) Gewinn- und Verlustanteile	1159
2. Bilanzierung beim stillen Gesellschafter	1160
a) Vermögenseinlage	1160
b) Gewinn- und Verlustanteile	1160
V. Beendigung der stillen Gesellschaft	1161
<b>B. Steuerrecht</b>	1163
I. Grundlagen	1163
1. Typisch und atypisch stille Gesellschaft	1163
2. Die steuerliche Anerkennung der stillen Gesellschaft zwischen nahestehenden Personen	1165
a) Die stille Gesellschaft mit Familienangehörigen	1165
b) Die GmbH & Still	1167
II. Die Besteuerung der typisch stillen Gesellschaft	1169
1. Laufende Besteuerung	1169
a) Die Besteuerung des Geschäftsinhabers	1169
b) Die Besteuerung des typisch stillen Gesellschafters	1170
aa) Gewinnanteile	1170
bb) Verlustanteile	1171
cc) Gewerbesteuer	1173
2. Aperiodische Besteuerung	1173
a) Ertragsteuern	1173
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer	1175
III. Die Besteuerung der atypisch stillen Gesellschaft	1176
1. Laufende Besteuerung	1176
a) Steuersubjekt	1176

b) Einkünftequalifikation . . . . .	1176
c) Einkünfteermittlung . . . . .	1178
d) Gewerbesteuer . . . . .	1181
e) Gewerbesteuerermäßigung . . . . .	1183
f) Organschaft . . . . .	1184
g) Verfahrensrecht . . . . .	1184
2. Aperiodische Besteuerung . . . . .	1186
a) Ertragsteuern . . . . .	1186
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer . . . . .	1188
<b>C. Motive für die Wahl der stillen Gesellschaft . . . . .</b>	<b>1189</b>
I. Wirtschaftliche Motive . . . . .	1189
1. Die stille Gesellschaft als Instrument der Kapitalausstattung und Kapitalanlage . . . . .	1189
2. Die stille Gesellschaft als Instrument der Unternehmensnachfolge . . . . .	1191
3. Die stille Gesellschaft als Instrument der Mitarbeiterbeteiligung . . . . .	1191
4. Sonstige Motive für die Wahl der stillen Gesellschaft . . . . .	1192
II. Steuerliche Motive . . . . .	1192
1. Einkünfteverlagerung . . . . .	1192
a) Übertragung von Einkunftsquellen . . . . .	1192
b) Verlusttransfer . . . . .	1192
2. Vermeidung von Gewinnrealisierungen . . . . .	1194
3. Gewerbesteuerliche Vorteile . . . . .	1194
4. Grunderwerbsteuerliche Vorzüge . . . . .	1195
 <b>§ 15 Unterbeteiligung</b>	
<b>A. Handels- und Gesellschaftsrecht . . . . .</b>	<b>1198</b>
I. Begriffsbestimmungen . . . . .	1198
II. Die Unterbeteiligung in der Praxis . . . . .	1200
III. Anwendbare Rechtsvorschriften . . . . .	1201
IV. Vertragliche Gestaltung . . . . .	1202
1. Form . . . . .	1202
2. Verhältnis zum Hauptgesellschaftsvertrag . . . . .	1203
3. Vertragliche Regelungsschwerpunkte . . . . .	1203
a) Geschäftsführung . . . . .	1203
b) Einflussnahmemöglichkeiten des Unterbeteiligten . . . . .	1204
c) Einlagen/Beiträge . . . . .	1205
d) Gewinn-/Verlustbeteiligung des Unterbeteiligten . . . . .	1206
e) Informationsrechte des Unterbeteiligten . . . . .	1206
V. Treuepflichten . . . . .	1207
1. Treuepflichten des Hauptgesellschafters . . . . .	1207
2. Treuepflichten des Unterbeteiligten . . . . .	1207
3. Wettbewerbsverbot . . . . .	1208
VI. Buchführung . . . . .	1208
VII. Beendigung/Auseinandersetzung . . . . .	1208
VIII. Unterbeteiligung Minderjähriger . . . . .	1212
<b>B. Steuerrecht . . . . .</b>	<b>1213</b>
I. Einkommensteuer . . . . .	1213
1. Typische Unterbeteiligungsgesellschaft . . . . .	1213
a) Steuerliche Behandlung des Unterbeteiligten . . . . .	1214
b) Steuerliche Behandlung des Hauptgesellschafters . . . . .	1215
2. Atypische Unterbeteiligungsgesellschaft . . . . .	1215
a) Steuerliche Behandlung des laufenden Ertrags . . . . .	1216

b) Feststellungsverfahren	1218
c) Exkurs: Unterbeteiligung am Anteil an einer Personengesellschaft mit ausschließlichen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	1219
d) Einräumung, Beendigung und Übertragung der Unterbeteiligung	1219
3. Unterbeteiligung an Kapitalgesellschaften	1220
4. Steuerliche Anerkennung von Unterbeteiligungen Familienangehöriger	1220
a) Anerkennungsfähigkeit der vertraglichen Gestaltung	1220
b) Anerkennung der Gewinnverteilung	1222
c) § 12 EStG als Grenze für die steuerliche Anerkennung	1222
II. Gewerbesteuer	1223
1. Typische Unterbeteiligungsgesellschaft	1223
2. Atypische Unterbeteiligungsgesellschaft	1223
III. Umsatzsteuer	1223
IV. Erbschaft- und Schenkungsteuer	1223
V. Unterbeteiligung und Formwechsel	1224
1. Typische Unterbeteiligungsgesellschaft	1224
2. Atypische Unterbeteiligungsgesellschaft	1225

## § 16 Familienpersonengesellschaft

<b>A. Begriff und Besonderheiten</b>	1228
I. Erscheinungsformen	1228
1. Begriffsmerkmale	1228
2. Einteilung	1229
3. Familiengesellschaften und Corporate Governance	1230
II. Rechtsformen von Familiengesellschaften	1230
III. Motive für die Gründung	1231
1. Vorbereitung des Generationenwechsels im Unternehmen	1231
2. Versorgung	1231
3. Steuerrecht	1232
a) Einkommensteuer	1232
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer	1232
IV. Besonderheiten gegenüber anderen Personengesellschaften	1232
<b>B. Gründergeneration</b>	1233
I. Organisatorische Sonderstellung	1233
1. Geschäftsführung/Vertretung	1233
2. Kontrollrechte	1236
II. Finanzielle Sonderstellung	1236
III. Mitgliedschaftliche Sonderstellung	1237
<b>C. Nachfolgeneration</b>	1238
I. Beteiligung Minderjähriger	1238
1. Einrücken in die Gesellschafterstellung	1238
a) Vertretung bei Gründung und Beitritt	1238
b) Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung des Gesellschaftsvertrags	1239
c) Änderungen des Gesellschaftsvertrags	1240
d) Sonstige Gesellschafterbeschlüsse	1240
e) Gesellschaftsvertragsänderungen ohne Beschluss und Umwandlungsmaßnahmen	1241
f) Eintragungspflichtige Tatsachen	1241
2. Wahrnehmung der Gesellschafterrechte	1241

3. Haftungsbeschränkungen und Kündigungsmöglichkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres . . . . .	1241
a) Haftungsbeschränkung . . . . .	1242
b) Kündigungsmöglichkeiten . . . . .	1242
c) Haftung nach § 15 HGB . . . . .	1244
II. Steuerliche Anerkennung schenkweise eingeräumter Beteiligung an der Familiengesellschaft . . . . .	1244
1. Zivilrechtlich wirksamer Gesellschaftsvertrag . . . . .	1245
2. Einräumung einer Mitunternehmerstellung . . . . .	1245
3. Klarheit und Eindeutigkeit der Regelung, tatsächlicher Vollzug . . . . .	1249
III. Angemessene Beteiligung am Gewinn . . . . .	1249
1. Schenkweise erhaltene Beteiligung . . . . .	1250
2. Entgeltlicher Erwerb . . . . .	1250
3. Bereits bestehende Beteiligung . . . . .	1251
IV. Folgen der steuerlichen Nichtanerkennung . . . . .	1251
1. Fehlende Mitunternehmerstellung . . . . .	1251
2. Unangemessene Gewinnverteilung . . . . .	1251
<b>D. Familienstämme . . . . .</b>	<b>1252</b>
I. Organisationsrecht . . . . .	1252
1. Geschäftsführung und Vertretung . . . . .	1252
2. Corporate Governance . . . . .	1252
3. Beirat . . . . .	1253
4. Gesellschafterbeschlüsse . . . . .	1254
II. Finanzielle Regelungen . . . . .	1255
III. Mitgliedschaftliche Regelungen . . . . .	1255
IV. Familiengruppen . . . . .	1256

## § 17 Publikumpersonengesellschaften und Fonds

<b>A. Einleitung . . . . .</b>	<b>1259</b>
I. Begriffe und Abgrenzung . . . . .	1259
II. Wirtschaftliche Bedeutung . . . . .	1260
<b>B. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Publikumpersonen-</b> <b>gesellschaften . . . . .</b>	<b>1264</b>
I. Rechtsgrundlagen . . . . .	1264
II. Rechtsform und Gründung von Publikumpersonengesellschaften . . . . .	1266
1. GmbH & Co. KG . . . . .	1267
2. Stille Gesellschaft . . . . .	1268
3. Gesellschaft bürgerlichen Rechts . . . . .	1269
III. Beteiligungsform der Anleger . . . . .	1271
1. Allgemein . . . . .	1271
2. Treuhandvertrag . . . . .	1273
IV. Beitritt von Anlegern . . . . .	1274
1. Direkter Beitritt . . . . .	1274
2. Beitritt durch Treuhänder . . . . .	1275
V. Kündigung und Ausschließung . . . . .	1275
1. Kündigungsrecht des Anlegers . . . . .	1275
2. Ausschließungsrecht der Gesellschaft . . . . .	1277
3. Rechtsfolgen des Ausscheidens . . . . .	1277
VI. Inhaltskontrolle . . . . .	1278
VII. Organe . . . . .	1279
1. Geschäftsführung . . . . .	1279
2. Gesellschafterversammlung . . . . .	1280

3. Beirat	1281
VIII. Finanzierung der Gesellschaft	1283
1. Gesellschaftsrechtliche Einlage	1283
2. Gesellschaftscredarlehen und stille Beteiligung	1283
3. Nachschusspflicht	1284
IX. Haftungsfragen	1284
1. Geschäftsführerhaftung	1284
2. Haftung von Beirat und Treuhänder	1285
3. Haftung des Anlegers	1285
4. Haftung der Gründungsgesellschafter	1287
X. Insolvenz und Liquidation	1288
<b>C. Regulierungsrechtliche Grundlagen der Fonds</b>	1289
I. Rechtsgrundlagen	1289
II. Prospektpflicht	1290
III. Prospekthaftung i.e.S.	1292
1. Entwicklung	1292
2. Haftung des Prospektverantwortlichen	1293
3. Haftung des Prospektpflichtigen	1296
4. Haftung des Prospektverwenders	1297
IV. Vermögensanlagen-Informationenblatt/Wesentliche Anlegerinformationen	1299
1. Erstellungspflicht	1299
2. Haftung	1299
V. Besondere Bilanzierungs- und Offenlegungspflicht	1300
<b>D. Besondere Besteuerungsfragen</b>	1300
I. Ertragsteuerliche Behandlung	1300
1. Grundsatz: Besteuerung als Personengesellschaft	1300
2. Einkünftequalifikation	1300
3. Zurechnung der Einkünfte	1303
4. Konzeptionsbedingte Aufwendungen	1303
5. Kosten des Beitritts	1306
6. Abweichender Ergebnisverteilungsschlüssel	1307
7. Verlustverrechnungsbeschränkung § 15b EStG	1308
8. Verfahrensrechtliche Besonderheit: Hinzuziehung (§ 360 Abs. 3 AO)	1312
II. Umsatzsteuer	1312
<b>§ 18 Immobilienpersonengesellschaften</b>	
<b>A. Grundlagen eines Immobilieninvestments über Personengesellschaften</b>	1314
I. Flexibilität der Personengesellschaft für Immobilieninvestments	1314
II. Erscheinungsformen	1315
1. Gesellschaftsrechtlich verbundene Beteiligungen	1315
2. Kapitalistisch strukturierte Beteiligungen	1316
3. Andere indirekte Investitionsformen	1318
III. Unterschiedliche Ausgestaltungen von Immobilienpersonengesellschaften	1320
1. Inland	1320
2. Ausland	1322
IV. Motive für Immobilieninvestitionen über Personengesellschaften	1323
<b>B. Steuerliche Aspekte bei Immobiliengesellschaften</b>	1325
I. Vorbemerkung	1325
II. Grunderwerbsteuer	1325

1. Allgemeines, Anteilsveräußerung, Anteilsvereinigung	1325
2. Übertragungsvorgänge zwischen der Personengesellschaft und ihren Gesellschaftern	1329
3. Konzernklausel des § 6a GrEStG	1330
III. Gewerbesteuer	1330
1. Grundlagen	1330
2. Erweiterte Kürzung	1331
IV. Sonstige ertragsteuerrechtliche Aspekte	1333
1. Vorbemerkung	1333
2. Einbringungs- und Treuhandmodelle	1333
3. Übertragung der Immobilie auf eine vermögensverwaltende GmbH & Co. KG	1333
4. Übertragung der Immobilie auf eine GmbH & Co. KG im Wege des sog. „Treuhandmodells“	1335
<b>C. Steuerrechtliche Besonderheiten bei Immobilieninvestitionen im Ausland über Personengesellschaften</b>	1337
I. Einführung	1337
II. Besteuerungsverfahren	1337
III. Beendigung der Investition	1339
<b>§ 19 Arbeitsgemeinschaft (ARGE)</b>	
<b>A. Wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen</b>	1343
I. Die Bedeutung der ARGE	1343
II. Die Typen der ARGE und ihre Rechtsformen	1344
1. Der Grundtyp	1344
a) Gesellschaft bürgerlichen Rechts „sui generis“	1345
b) Personenhandelsgesellschaft	1345
c) Weitere Rechtsformen	1346
d) Abgrenzung zum Konsortium	1346
aa) Einführung	1346
bb) Rechtsform und Erscheinungsformen	1347
cc) Vertragsinhalt und Leistungspflichten	1348
dd) Haftung	1348
ee) Geschäftsführung und Vertretung	1348
ff) Beschlussfassung	1349
2. Die Dach-ARGE und die Los-ARGE	1350
3. Die Bieter-Gemeinschaft	1351
4. Die Beihilfe-Gemeinschaft (Innen-ARGE)	1351
5. Die Dauer-ARGE (fortgesetzte ARGE)	1352
<b>B. Die Gründung der ARGE</b>	1352
I. Die Bietergemeinschaft als Vorbereitung der ARGE-Gründung	1352
1. Die Bietergemeinschaft als Vor-ARGE	1352
2. Probleme der Bietergemeinschaft	1354
a) Wettbewerbsverbot und Kartellrecht	1354
b) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Treuepflicht	1355
II. Die Gründung der ARGE	1356
1. Der ARGE-Vertrag	1356
a) Inhalt des Vertrags	1356
b) Form des Vertrags	1357
c) Name der Gesellschaft	1357
2. Der faktische/fehlerhafte ARGE-Vertrag	1358

<b>C. Das Innenverhältnis der ARGE</b>	1358
I. Die Organe der ARGE und ihre Aufgaben	1358
1. Die Aufsichtsstelle (Gesellschafterversammlung)	1358
a) Aufgabe und Kompetenz	1358
b) Binnenorganisation und Entscheidungsfindung	1359
2. Die Geschäftsführungen	1360
a) Die technische Geschäftsführung	1360
b) Die kaufmännische Geschäftsführung	1361
c) Verhältnis der Geschäftsführer untereinander	1361
d) Vergütung für Sonderleistungen	1362
3. Die Bauleitung	1363
II. Die Rechte und die Pflichten der Gesellschafter	1364
1. Die Rechte der Gesellschafter	1364
2. Die Pflichten der Gesellschafter	1364
a) Geldmittel	1365
b) Personal, Stoffe und Geräte	1365
c) Folgen von Pflichtverstößen	1368
aa) Haftung	1368
bb) Sanktionen	1368
3. Rechtsfolgen der Umwandlung eines Gesellschafters	1370
<b>D. Das Außenverhältnis der ARGE</b>	1370
I. Die Vertretung	1371
1. Vertretungsmacht	1371
2. Wirksamkeit der Vertretung	1372
II. Die Haftung	1373
1. Grundsatz	1373
2. Möglichkeit der Haftungsbeschränkung	1374
<b>E. Das Ende der ARGE</b>	1374
I. Gründe für das Ende der ARGE	1375
II. Folgen der Beendigung	1375
<b>F. Das Ausscheiden eines Gesellschafters</b>	1376
I. Gründe für das Ausscheiden	1376
II. Folgen des Ausscheidens	1377
1. Weiterbestehen der ARGE	1377
2. Auseinandersetzung mit dem ausscheidenden Gesellschafter	1377
<b>G. Das Steuerrecht der ARGE</b>	1379
I. Einkommensteuer	1379
1. Die ARGE als Personengesellschaft iSv. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	1379
2. Bilanzierung/Gewinnrealisierung	1380
II. Gewerbesteuer	1381
III. Umsatzsteuer	1382
<b>§ 20 Freiberufliche Personengesellschaften</b>	
<b>A. Überblick</b>	1385
I. Begriff und Bedeutung der freiberuflichen Personengesellschaft	1385
II. Zusammenschlüsse von Freiberuflern	1388
1. Fördergemeinschaften	1388
2. Betriebsgemeinschaften/Organisationsgemeinschaften	1389
3. Berufsausübungsgemeinschaften	1390
<b>B. Freiberufliche BGB-Gesellschaft und Partnerschaftsgesellschaft</b>	1394
I. Organisationsordnung und Anwendungsbereich	1394

1. Freiberufliche BGB-Gesellschaft . . . . .	1394
a) Außengesellschaft . . . . .	1394
b) Innengesellschaft . . . . .	1395
c) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	1396
2. Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	1400
a) Rechtsgrundlagen und Organisationsstruktur . . . . .	1400
b) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	1402
II. Errichtung und Auftritt der Gesellschaft . . . . .	1403
1. Freiberufliche BGB-Gesellschaft . . . . .	1403
a) Entstehung der Gesellschaft . . . . .	1403
b) Gesellschaftsvertrag . . . . .	1404
c) Name der BGB-Außengesellschaft . . . . .	1406
d) Außenauftritt (Geschäftsbriefe, Schild) . . . . .	1407
2. Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	1408
a) Entstehung der Gesellschaft . . . . .	1408
b) Partnerschaftsvertrag . . . . .	1409
c) Name der Partnerschaft . . . . .	1412
d) Anmeldung und Eintragung in das Partnerschaftsregister . . . . .	1415
e) Außenauftritt (Geschäftsbriefe, Schild) . . . . .	1417
III. Ausgewählte gesellschaftsrechtliche Bereiche . . . . .	1418
1. Geschäftsführung . . . . .	1418
a) Freiberufliche BGB-Gesellschaft . . . . .	1418
b) Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	1420
2. Vertretung . . . . .	1420
a) Freiberufliche BGB-Gesellschaft . . . . .	1420
b) Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	1422
3. Haftung der Gesellschafter . . . . .	1423
a) Freiberufliche BGB-Gesellschaft . . . . .	1423
b) Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	1427
c) Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung . . . . .	1431
4. Beitritt, Gesellschafterwechsel, Ausscheiden, Auflösung, Umwandlung . . . . .	1434
a) Freiberufliche BGB-Gesellschaft . . . . .	1434
b) Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	1436
<b>C. Besteuerung</b> . . . . .	1438
I. Überblick . . . . .	1438
1. Ertragsteuern . . . . .	1438
a) Grundlagen . . . . .	1438
b) Berufsausübungsgemeinschaften . . . . .	1441
c) Betriebs- und Fördergemeinschaften . . . . .	1445
2. Umsatzsteuer . . . . .	1449
II. Freiberufliche Mitunternehmerschaften (Berufsausübungs-	
gemeinschaften) . . . . .	1452
1. Mitunternehmerschaft mit Einkünften iSd. § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG . . . . .	1452
a) Maßgeblichkeit der Tätigkeit natürlicher Personen als	
Mitunternehmer . . . . .	1452
b) Angehörige freier Berufe als Mitunternehmer . . . . .	1454
c) Persönliche Entfaltung der freiberuflichen Tätigkeit durch	
Mitunternehmer . . . . .	1456
d) Keine gewerblichen Tätigkeiten der Mitunternehmerschaft . . . . .	1459
2. Gewinnermittlung durch Einnahmeüberschussrechnung . . . . .	1462
a) Wahlrecht zur Gewinnermittlungsmethode . . . . .	1462
b) Einnahmeüberschussrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG . . . . .	1466
c) Übergangsgewinn/-verlust . . . . .	1468

## Inhaltsverzeichnis § 21 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung

3. Gründung, Erweiterung, Gesellschafterwechsel und Ausscheiden . . .	1469
a) Problem der ungewollten Besteuerung stiller Reserven . . . . .	1469
b) Unentgeltliche Übertragung . . . . .	1470
c) Entgeltliches Ausscheiden/Entgeltlicher Gesellschafterwechsel . . .	1470
d) Übertragungen gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten . . .	1471
e) Formwechsel . . . . .	1476
f) Ausscheiden gegen Sachwertabfindung . . . . .	1476

### § 21 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)

<b>A. Rechtsgrundlagen . . . . .</b>	<b>1483</b>
I. Einleitung . . . . .	1483
II. Anwendbare Rechtsvorschriften . . . . .	1484
1. Das Gesellschaftsrecht der Vor-(Gründungs-) Gesellschaft . . . . .	1484
a) Vor-Gründungs-EWIV . . . . .	1484
b) Vor-EWIV . . . . .	1485
2. Das Gesellschaftsrecht der eingetragenen Gesellschaft . . . . .	1485
3. Übrige Rechtsgebiete . . . . .	1486
III. Zulässigkeit der EWIV . . . . .	1486
<b>B. Gründungsvoraussetzungen . . . . .</b>	<b>1487</b>
I. Abschluss eines Gesellschaftsvertrages . . . . .	1487
1. Gestaltungsfreiheit . . . . .	1487
2. Schriftform . . . . .	1487
3. Mindestinhalt . . . . .	1488
a) Name der Gesellschaft . . . . .	1488
b) Sitz der EWIV . . . . .	1488
c) Unternehmensgegenstand . . . . .	1488
d) Angaben über die Gesellschafter . . . . .	1488
e) Dauer der EWIV . . . . .	1489
II. Eintragung in das Handelsregister . . . . .	1489
<b>C. Innen- und Außenverhältnis . . . . .</b>	<b>1490</b>
I. Innenverhältnis . . . . .	1490
1. Voraussetzungen für die Gesellschafterstellung . . . . .	1490
2. Rechte der Gesellschafter . . . . .	1491
a) Gestaltungsfreiheit . . . . .	1491
b) Stimmrechte . . . . .	1492
c) Informationsrechte . . . . .	1493
d) Vermögensrechte . . . . .	1493
3. Pflichten der Gesellschafter . . . . .	1494
a) Beitragspflicht . . . . .	1494
b) Treue- und Mitwirkungspflicht . . . . .	1495
c) Verlustbeteiligung und Leistungspflicht nach Ausscheiden . . . .	1495
d) Haftungsfragen . . . . .	1495
4. Änderungen im Gesellschafterbestand . . . . .	1496
a) Ausscheiden . . . . .	1496
b) Eintritt . . . . .	1497
c) Abtretung und Verpfändung . . . . .	1497
II. Außenverhältnis . . . . .	1498
1. Vertretung der EWIV . . . . .	1498
2. Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer . . . . .	1498
3. Rechte und Pflichten der Geschäftsführer . . . . .	1500
4. Sitzverlegung . . . . .	1500
5. Zweigniederlassungen . . . . .	1501

<b>D. Nichtigkeit, Auflösung, Abwicklung, Insolvenz und Umwandlung der EWIV</b>	1502
I. Nichtigkeit	1502
II. Auflösung, Abwicklung	1502
III. Insolvenz	1504
IV. Umwandlung	1504
<b>E. Steuern</b>	1505
I. Allgemeines	1505
II. Einkommensteuer	1505
1. Voraussetzungen für die Steuerbarkeit	1505
a) Beteiligung am allgemeinen Wirtschaftsverkehr	1506
b) Gewinnerzielungsabsicht	1506
2. Einkunftsart	1507
3. Ergebnisfeststellung	1508
III. Gewerbesteuer	1508
IV. Umsatzsteuer	1508
1. Die EWIV als umsatzsteuerliches Unternehmen	1509
2. Leistung gegen Entgelt	1509

## § 22 Pool/Konsortium

<b>A. Praktische Bedeutung und Erscheinungsformen</b>	1513
I. Praktische Bedeutung	1513
II. Rechtsform	1513
III. Abgrenzung	1514
<b>B. Pool</b>	1515
I. Stimmrechtspool	1515
1. Begriff	1515
2. Zulässigkeit	1516
3. Inhalt des Gesellschaftsvertrages	1516
a) Poolgesellschafter, Beteiligungsunternehmen und betroffene Anteile	1517
b) Zweck	1518
c) Poolung von Stimmrechten	1518
d) Einberufung der Poolversammlung, Beschlussfassung	1520
e) Berücksichtigung der Mehrheitserfordernisse im Beteiligungsunternehmen	1521
f) Bindung von Einzelrechtsnachfolgern	1522
g) Bindung von Erben	1523
h) Vertragsstrafe	1524
II. Sicherheitenpool	1525
1. Begriff	1525
a) Krisengeborener Sicherheitenpool	1525
b) Krisenunabhängiger Sicherheitenpool	1527
2. Zulässigkeit	1527
3. Inhalt des Vertrages	1527
a) Poolgesellschafter	1528
b) Zweck	1528
c) Übertragung von Sicherungsrechten	1528
d) Öffnungs- und Freigabeklausel	1529
e) Teilungsklausel	1529
f) Poolvorsitzender	1530
g) Poolbeirat	1530

h) Poolversammlung	1531
III. Weitere Poolformen	1531
<b>C. Konsortium</b>	1531
I. Emissionskonsortium	1532
1. Begriff	1532
2. Inhalt des Vertrages	1533
a) Konsorten	1534
b) Zweck	1534
c) Beitragspflichten	1534
d) Geschäftsführung und Vertretung; Konsortialführung	1537
e) Haftung	1538
f) Ausschluss und Ausscheiden	1540
II. Kreditkonsortium	1540
1. Begriff	1540
a) Echtes Kreditkonsortium	1540
b) Unechtes Kreditkonsortium	1541
2. Inhalt des Vertrages	1541
a) Konsorten	1542
b) Zweck	1542
c) Beitragspflichten	1542
d) Interne Organisation	1543
e) Saldenausgleichsklausel	1543
f) Teilungsklausel	1543
g) Abtretung von Darlehensrückzahlungsansprüchen	1544
<b>D. Kombinationen von Pool und Konsortium</b>	1544
<b>E. Steuerliche Behandlung von Pool und Konsortium</b>	1545
<b>§ 23 Joint Ventures</b>	
<b>A. Grundlagen</b>	1549
I. Begriff	1549
II. Motive für die Gründung	1550
III. Arten von Joint Ventures	1550
1. Equity und Contractual Joint Ventures	1550
2. Joint Venture als Betriebsstätte	1553
3. Horizontale und vertikale Joint Ventures	1554
IV. Kartellrecht	1554
1. Deutsches Kartellrecht	1555
a) Verhältnis von Kartellverbot zu Fusionskontrolle	1555
b) § 1 GWB	1555
c) Fusionskontrolle (§§ 35 ff. GWB)	1556
aa) Anmeldepflicht	1556
bb) Verfahren	1556
cc) Materielle Fusionskontrolle	1556
dd) Anzeigepflicht	1557
2. EG-Kartellrecht	1557
a) Fusionskontrollverordnung (FKVO)	1557
aa) Gemeinsame Kontrolle	1557
bb) Vollfunktionsunternehmen	1558
cc) Umsatzkriterium	1559
dd) Untersagung	1559
b) Beurteilung nach Art. 81 EG	1559

V. Konzernrecht	1560
1. Mehrmütterherrschaft	1560
2. Vertragskonzern	1560
3. Haftung der Joint Venture-Partner für die Verbindlichkeiten des Gemeinschaftsunternehmens	1561
a) Durchgriffshaftung	1561
b) Nachteilsausgleich im faktischen Konzern	1561
c) Verlustausgleich bei existenzvernichtendem Eingriff	1561
d) Vertragskonzern	1562
4. Internationaler Anwendungsbereich	1562
<b>B. Struktur eines Joint Venture</b>	1563
I. Joint Venture-Vertrag	1563
1. Einführung	1563
2. Form/Bestimmtheit	1564
II. Gemeinschaftsunternehmen	1565
1. Kapitalgesellschaften	1565
2. Joint Venture mit operativer Personengesellschaft	1566
a) Zivilrechtliche Vorteile	1566
b) Steuerliche Vorteile	1566
3. GmbH & Still	1567
III. Leistungsverträge	1567
<b>C. Joint Venture-Vertrag</b>	1568
I. Gegenstand/Ziele	1568
II. Regelungen der Vorgründungsphase	1568
III. Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit	1569
IV. Finanzierung	1569
V. Pflichten der Joint Venture-Partner	1570
1. Geheimhaltungspflicht	1570
2. Stimmbindungsvereinbarungen	1570
3. Verwertung von Erfolgen	1571
VI. Vertragsdauer/Kündigung	1571
VII. Rechtswahl und Schiedsgerichtsklausel	1572
VIII. Regelungen zur Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	1572
1. Gesellschaftsform und Sitz	1573
2. Kapitalbeteiligungen; Nachschusspflichten	1574
3. Nebenleistungspflichten	1574
4. Organe des Gemeinschaftsunternehmens/Besetzung	1575
5. Willensbildung	1575
a) Einstimmigkeit, Mehrheitsprinzip	1575
b) Lösung von Pattsituationen	1576
6. Wettbewerbsverbot	1577
7. Gesellschafterwechsel	1578
8. Gewinnverteilung	1578
9. Kündigung/Liquidation	1579
IX. Verhältnis von Joint Venture-Vertrag zur Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	1580

## § 24 Betriebsaufspaltung

<b>A. Grundlagen</b>	1584
I. Begriffsbestimmung	1584
II. Rechtsgrundlagen	1584
III. Erscheinungsformen der Betriebsaufspaltung	1585

1. Unterscheidung nach der Art der Entstehung und der Verteilung der betrieblichen Funktionen	1585
2. Unterscheidung nach der Rechtsform der beteiligten Unternehmen	1586
3. Unterscheidung nach dem Umfang des der Betriebsgesellschaft überlassenen Vermögens	1586
4. Unterscheidung nach der Art der personellen Verflechtung	1587
<b>B. Wirtschaftliche und steuerliche Bedeutung der Betriebsaufspaltung</b>	1587
I. Wirtschaftliche Motive für die Betriebsaufspaltung	1587
1. Haftungsbeschränkung	1587
2. Sicherung der Unternehmenskontinuität im Familienverbund	1590
3. Betriebsverfassungs- und mitbestimmungsrechtliche Aspekte	1590
4. Prüfungs- und Publizitätspflichten	1591
II. Steuerliche Aspekte	1591
<b>C. Begründung der Betriebsaufspaltung</b>	1593
I. Steuerliche Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung	1593
1. Personelle Verflechtung	1593
2. Sachliche Verflechtung	1598
3. Merkmale eines Gewerbebetriebs	1601
II. Bewusste Begründung der Betriebsaufspaltung	1602
1. Zivilrechtliche Grundlagen	1602
a) Spaltung des bisherigen Einheitsunternehmens	1602
b) Pacht- und Betriebsüberlassungsvertrag	1604
c) Sonstige Verträge	1606
2. Steuerliche Aspekte des Spaltungsvorgangs	1606
a) Gewinnrealisierung bei der Übertragung von Wirtschaftsgütern	1606
b) Behandlung des Geschäfts- oder Firmenwertes	1609
c) Verbleibende Gestaltungsmöglichkeiten	1610
III. Rückwirkung/Nachträgliche Erfassung der Betriebsaufspaltung	1612
1. Rückwirkende Errichtung der Betriebsaufspaltung	1612
2. Nachträgliche Erfassung der Betriebsaufspaltung	1612
IV. Besonderheiten	1613
1. Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	1613
2. Mehrere Besitz- bzw. Betriebsunternehmen	1615
<b>D. Laufende Besteuerung der Betriebsaufspaltung</b>	1616
I. Besteuerung des Besitzunternehmens	1616
1. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer	1616
a) Gewerbliche Einkünfte	1616
b) Buchführungspflicht und Gewinnermittlungszeitraum	1617
c) Umfang des Betriebsvermögens	1618
2. Gewerbesteuer	1622
3. Umsatzsteuer	1624
II. Die Besteuerung des Betriebsunternehmens	1625
1. Körperschaftsteuer	1625
2. Gewerbesteuer	1631
III. Besonderheiten bei Investitionszulagen	1631
<b>E. Betriebsaufspaltung über die Grenze</b>	1632
<b>F. Beendigung der Betriebsaufspaltung</b>	1634
I. Wegfall der tatbestandlichen Voraussetzungen	1634
1. Rechtsfolgen der Beendigung der Betriebsaufspaltung	1634
2. Wegfall der personellen Verflechtung	1636
3. Wegfall der sachlichen Verflechtung	1639

II. Umwandlungen . . . . .	1640
1. Verschmelzung der Betriebskapitalgesellschaft auf die Besitzper- sonengesellschaft . . . . .	1640
2. Einbringung der Besitzgesellschaft in die Betriebsgesellschaft . . . .	1641
3. Verschmelzung und Einbringung in eine Drittgesellschaft . . . . .	1642
<b>G. Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .</b>	1642
I. Strategien zur Vermeidung gewerblicher Einkünfte des Nur-Besitz- gesellschafters . . . . .	1642
II. Strategien zur Vermeidung einer ungewollten Beendigung der Betriebsaufspaltung . . . . .	1643
<b>§ 25 Besonderheiten von Verlusten bei Personengesellschaften</b>	
<b>A. Einkommen- und gewerbesteuerlicher Verlust – Übersicht . . . . .</b>	1646
<b>B. Einkommen- und Körperschaftsteuer . . . . .</b>	1646
I. Unmittelbare Verlustzurechnung beim Gesellschafter . . . . .	1646
II. Beschränkungen durch § 15a EStG . . . . .	1647
1. Grund und Übersicht . . . . .	1647
2. Verlustausgleich . . . . .	1649
3. Verrechenbare Verluste . . . . .	1654
4. Besonderheiten bei doppelstöckigen Personengesellschaften . . . . .	1656
III. Beschränkungen durch § 15b EStG . . . . .	1657
IV. Beschränkungen bei der stillen Gesellschaft und Unterbeteiligung durch § 15 Abs. 4 S. 6 ff. EStG . . . . .	1658
<b>C. Gewerbesteuer . . . . .</b>	1660
I. Mitunternehmerschaft und gewerbesteuerliche Verluste . . . . .	1661
1. Gewerbliche Tätigkeit und gewerbliche Prägung . . . . .	1661
2. Beginn des Gewerbetriebs und Anlaufverluste . . . . .	1661
3. Verlustvortrag . . . . .	1663
II. Unternehmensidentität und Unternehmeridentität als Voraussetzungen der Verlustnutzung . . . . .	1664
1. Unternehmensidentität . . . . .	1664
2. Unternehmeridentität . . . . .	1666
a) Durchgehende Mitunternehmerstellung bis zur Verlustnutzung	1666
b) Unternehmeridentität bei doppelstöckigen Personen- gesellschaften . . . . .	1667
3. Rechtsfolge – Verlustnutzung aufgrund allgemeinen Gewinn- und Verteilungsschlüssels . . . . .	1667
4. Beendigung der gewerblichen Betätigung- Definitivverluste . . . .	1669
III. Entsprechende Anwendung des § 8c KStG . . . . .	1670
<b>D. Verlustnutzung durch Organschaft . . . . .</b>	1672
<b>E. Verluste bei Umwandlungen . . . . .</b>	1674
<b>F. Ausländische Betriebsstättenverluste . . . . .</b>	1677
<b>§ 26 Unternehmenskauf/Unternehmensverkauf</b>	
<b>A. Einleitung . . . . .</b>	1683
I. Interessenlage der Parteien . . . . .	1683
II. Share Deal vs. Asset Deal . . . . .	1685
<b>B. Handels- und gesellschaftsrechtliche Grundlagen . . . . .</b>	1687
I. Rechtliche Einordnung des Unternehmenskaufvertrages . . . . .	1687

II.	Besondere Form des Unternehmenskaufs	1687
1.	Management Buy-Out	1687
2.	Leveraged Buy-Out	1688
III.	Due Diligence	1689
1.	Bedeutung und Aufgaben	1689
2.	Arten von Due Diligence-Überprüfungen	1690
3.	Umfang einer Due Diligence	1691
4.	Rechtliche Aspekte der Due Diligence	1691
IV.	Letter of Intent	1692
V.	Formvorschriften	1694
1.	Asset Deal	1694
2.	Share Deal	1694
VI.	Mitveräußerungsrechte und Zustimmungsvorbehalte	1695
1.	Zustimmungsvorbehalte und Verfügungsbeschränkungen	1695
a)	Asset Deal	1695
b)	Share Deal	1697
2.	Mitveräußerungsrechte	1697
VII.	Garantien und Gewährleistungen	1698
1.	Stichtage	1698
2.	Gesetzliche Haftung des Erwerbers	1698
a)	Asset Deal	1698
b)	Share Deal	1699
3.	Gesetzliche Haftung des Veräußerers	1700
a)	Asset Deal	1700
b)	Share Deal	1701
4.	Sachmängelhaftung	1701
5.	Rechtsmängelhaftung	1702
6.	Sonstige gesetzliche Haftung	1702
VIII.	Sonstiges	1703
1.	Arbeitsrecht	1703
2.	Kartellrecht	1703
<b>C.</b>	<b>Handelsbilanzielle und steuerrechtliche Erwägungen</b>	<b>1705</b>
I.	Handelsbilanzielle Fragestellungen	1705
1.	Asset Deal	1705
2.	Share Deal	1705
II.	Steuerliche Fragestellungen	1706
1.	Ertragsteuern	1706
a)	Konsequenzen beim Veräußerer	1706
b)	Konsequenzen beim Erwerber	1707
c)	Steuerliche Konsequenzen bei der Zielpersonengesellschaft	1709
2.	Verkehrsteuern	1709
a)	Umsatzsteuer	1709
b)	Grunderwerbsteuer	1711
<b>D.</b>	<b>Regelungen im Unternehmenskaufvertrag</b>	<b>1713</b>
I.	Vertragsgegenstand	1713
1.	Asset Deal	1713
2.	Share Deal	1714
II.	Kaufpreisanpassungsregelungen	1714
III.	Garantien	1715
IV.	Freistellung/Schadensersatz	1716
V.	Steuerliche Regelungen	1716
1.	Steuerfreistellung des Verkäufers	1716

2. Steuergarantien .....	1718
3. Verhältnis zu allgemeinen Haftungsbeschränkungen .....	1719
4. Mitwirkungsrechte des Verkäufers bei Steuerverfahren .....	1720
VI. Sonstige Regelungen .....	1720
1. Wettbewerbsverbot .....	1720
2. Schiedsgutachterklausel und Schiedsklausel .....	1722
a) Vereinbarung eines Schiedsgutachtens .....	1722
b) Vereinbarung eines Schiedsgerichts .....	1722

## § 27 Personengesellschaft im Konzern

<b>A. Überblick .....</b>	<b>1727</b>
I. Erscheinungsformen .....	1727
II. Rechtsquellen .....	1728
III. Grundlagen .....	1729
1. Verbundene Unternehmen, §§ 15 ff. AktG .....	1729
2. Mehrheitsbeteiligung, § 16 AktG .....	1730
3. Abhängige Unternehmen, § 17 AktG .....	1730
4. Konzern, § 18 AktG .....	1731
5. Wechselseitige Beteiligungen, § 19 AktG .....	1731
6. Unternehmensverträge, §§ 291, 292 AktG .....	1732
IV. Zulässigkeit von Abhängigkeit und Konzernierung einer Personengesellschaft .....	1732
<b>B. Die Personengesellschaft als beherrschte Gesellschaft .....</b>	<b>1733</b>
I. Kategorien .....	1733
II. Die abhängige Personengesellschaft .....	1734
1. Wege in die Abhängigkeit .....	1734
2. Minderheitenschutz .....	1736
a) Rechtsgrundlage .....	1736
b) Treuepflicht .....	1736
c) Mitwirkungsrechte .....	1737
d) Informationsrechte .....	1738
e) Haftungsmaßstab .....	1739
f) Mittelbare Beherrschung .....	1739
g) Abhängigkeit gegenüber einem herrschenden Kommanditisten .....	1740
3. Gläubigerschutz .....	1740
III. Die konzernierte Personengesellschaft .....	1742
1. Wege in die Konzernierung .....	1742
2. Rechtsfolgen der Konzernierung .....	1743
a) Leitungsmacht .....	1743
b) Verlustübernahme .....	1744
3. Vertragskonzern .....	1745
4. Minderheitenschutz .....	1746
5. Gläubigerschutz .....	1746
<b>C. Die Personengesellschaft als gleichgeordnete Gesellschaft .....</b>	<b>1747</b>
<b>D. Die Personengesellschaft als herrschende Gesellschaft .....</b>	<b>1748</b>
I. Problembeschreibung .....	1748
II. Rechtsgrundlagen .....	1749
III. Mitwirkungsrechte .....	1750
IV. Informationsrechte .....	1751
1. Das Einsichtsrecht .....	1752
2. Das Auskunftsrecht .....	1753

<b>E. Die steuerliche Organschaft bei Personengesellschaften</b>	1753
I. Vorbemerkungen	1753
II. Die körperschaftsteuerliche Organschaft	1754
1. Bedeutung	1754
2. Voraussetzungen	1755
a) Die Organgesellschaft	1755
b) Der Organträger	1755
c) Finanzielle Eingliederung	1757
d) Zeitliche Voraussetzungen	1758
e) Der Gewinnabführungsvertrag	1758
3. Rechtsfolgen	1759
III. Die gewerbesteuerliche Organschaft	1760
1. Bedeutung	1760
2. Voraussetzungen	1761
a) Die Organgesellschaft	1761
b) Der Organträger	1761
c) Eingliederung der Organgesellschaft und Gewinnabführungs-	
vertrag	1761
3. Rechtsfolgen	1762
IV. Die umsatzsteuerliche Organschaft	1763
1. Bedeutung	1763
2. Voraussetzungen	1764
a) Die Organgesellschaft	1764
b) Der Organträger	1764
c) Eingliederungsvoraussetzungen	1765
3. Rechtsfolgen	1767
V. Die grunderwerbsteuerliche Organschaft	1768
1. Bedeutung	1768
2. Voraussetzungen	1769
3. Rechtsfolgen	1770

## § 28 Personengesellschaften im internationalen Gesellschaftsrecht

<b>A. Einführung</b>	1772
<b>B. Grenzüberschreitende Gesellschaften</b>	1774
I. Rechtsfähigkeit grenzüberschreitender Gesellschaften	1776
1. Begriff der Rechtsfähigkeit	1776
2. Allgemeine Rechtsfähigkeit	1777
a) Fall 1: Gründung einer Gesellschaft nach ausländischem Recht	
und Verlegung ihres Verwaltungssitzes nach Deutschland	
(Zuzugsfall)	1779
aa) Zuzug aus Drittstaat ohne staatsvertragliche Sonderan-	
knüpfung (Unterfall 1)	1779
bb) Zuzug aus einem Mitgliedstaat der EU (Unterfall 2)	1782
cc) Zuzug aus einem EFTA-Staat (Unterfall 3)	1786
dd) Zuzug aus einem Drittstaat bei Bestehen einer staatsver-	
traglichen Sonderanknüpfung (Unterfall 4)	1787
ee) Zuzug aus den Vereinigten Staaten von Amerika (Unterfall 5)	1788
ff) Änderungen infolge des Gesetzesentwurfes zum Inter-	
nationalen Privatrecht der Gesellschaften, Vereine und	
juristischen Personen vom 7.1.2008	1789
b) Fall 2: Verlegung des Verwaltungssitzes einer nach deutschem	
Recht gegründeten Gesellschaft ins Ausland (Wegzugsfall)	1791

c) Fall 3: Statuarischer Sitz und tatsächlicher Verwaltungssitz in verschiedenen ausländischen Staaten .....	1799
II. Besondere Rechtsfähigkeiten grenzüberschreitender Gesellschaften ..	1801
1. Beteiligungsfähigkeit .....	1802
2. Hybride Gesellschaftsformen .....	1804
3. Scheck- und Wechselfähigkeit .....	1806
4. Grundbuchfähigkeit .....	1807
III. Partei- und Prozessfähigkeit .....	1807
1. Parteifähigkeit .....	1807
2. Prozessfähigkeit .....	1808
IV. Deliktfähigkeit .....	1808
V. Insolvenzfähigkeit .....	1811
<b>C. Besonderheiten bei der Ltd. &amp; Co. KG als hybride Rechtsform ...</b>	<b>1813</b>
I. Allgemeines .....	1813
II. Errichtung einer Ltd. & Co. KG .....	1814
III. Geschäftsführungsbefugnis und Vertretung gegenüber Dritten .....	1817
IV. Haftungsverfassung der Ltd. & Co. KG .....	1818
V. Mitbestimmung .....	1821
VI. Rechnungslegung und Besteuerung .....	1821
VII. Auflösung und Beendigung .....	1822
 <b>§ 29 Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht</b>	
<b>A. Einführung .....</b>	<b>1825</b>
<b>B. Die Besteuerung der Personengesellschaften mit Auslandsbezug ...</b>	<b>1827</b>
I. Überblick .....	1827
II. Die Qualifikationsproblematik .....	1828
1. Steuersubjektqualifikation .....	1828
a) Nationales Recht .....	1829
b) Abkommensrecht .....	1829
2. Steuerobjektqualifikation .....	1831
a) Nationales Recht .....	1831
b) Abkommensrecht .....	1833
III. Die inländische Personengesellschaft mit inländischen Gesellschaftern und ausländischen Einkünften .....	1835
1. Besteuerungskonzepte .....	1835
2. Laufende Besteuerung .....	1836
a) Ausländische Betriebsstätteneinkünfte .....	1836
aa) Gewinne .....	1836
bb) Verluste .....	1839
b) Ausländische Zinseinkünfte .....	1845
c) Ausländische Dividendeneinkünfte .....	1846
d) Sonderbetriebseinkünfte .....	1847
3. Aperiodische Besteuerung .....	1848
a) Anteilsveräußerung .....	1848
b) Unentgeltliche Anteilsübertragung .....	1849
IV. Die inländische Personengesellschaft mit ausländischen Gesellschaftern und inländischen und/oder ausländischen Einkünften .....	1851
1. Besteuerungskonzepte .....	1851
2. Laufende Besteuerung .....	1852
a) Inländische Betriebsstätteneinkünfte .....	1852
aa) Gewinne .....	1852
bb) Verluste .....	1854

b)	Inländische Zins- und Dividendeneinkünfte . . . . .	1854
c)	Betriebsstätteneinkünfte aus dem ausländischen Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters . . . . .	1855
d)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus dem ausländischen Ansässig- keitsstaat des Gesellschafters . . . . .	1856
e)	Betriebsstätteneinkünfte aus Drittstaaten . . . . .	1856
f)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus Drittstaaten . . . . .	1857
g)	Sonderbetriebseinkünfte . . . . .	1857
3.	Aperiodische Besteuerung . . . . .	1860
a)	Anteilsveräußerung . . . . .	1860
b)	Unentgeltliche Anteilsübertragung . . . . .	1862
V.	Die ausländische Personengesellschaft mit inländischen Gesellschaftern und inländischen und/oder ausländischen Einkünften . . . . .	1864
1.	Besteuerungskonzepte . . . . .	1864
2.	Laufende Besteuerung . . . . .	1869
a)	Betriebsstätteneinkünfte aus dem ausländischen Sitzstaat der Gesellschaft . . . . .	1870
aa)	Gewinne . . . . .	1870
bb)	Verluste . . . . .	1873
b)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus dem ausländischen Sitzstaat der Gesellschaft . . . . .	1874
c)	Inländische Betriebsstätteneinkünfte . . . . .	1876
d)	Inländische Zins- und Dividendeneinkünfte . . . . .	1877
e)	Betriebsstätteneinkünfte aus Drittstaaten . . . . .	1879
f)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus Drittstaaten . . . . .	1879
g)	Sonderbetriebseinkünfte . . . . .	1880
3.	Aperiodische Besteuerung . . . . .	1881
a)	Anteilsveräußerung . . . . .	1881
b)	Unentgeltliche Anteilsübertragung . . . . .	1883
C.	<b>Steuergestaltung bei Personengesellschaften mit Auslandsbezug . . . . .</b>	<b>1884</b>
I.	Kernbereiche der internationalen Steuerplanung . . . . .	1884
II.	Rechtsformwahl . . . . .	1884
1.	Grundsätze . . . . .	1884
2.	Outbound-Investitionen . . . . .	1885
a)	Determinanten der Steuerbelastung . . . . .	1885
b)	Unternehmensgründung und -erwerb . . . . .	1887
c)	Laufende Gewinnbesteuerung . . . . .	1889
d)	Verluste . . . . .	1893
e)	Gesellschafterfremdfinanzierung . . . . .	1893
f)	Unternehmensverkauf . . . . .	1894
g)	Erbschaftsteuerliche Aspekte . . . . .	1895
3.	Inbound-Investitionen . . . . .	1896
a)	Determinanten der Steuerbelastung . . . . .	1896
b)	Unternehmensgründung und -erwerb . . . . .	1898
c)	Laufende Gewinnbesteuerung . . . . .	1899
d)	Gesellschafterfremdfinanzierung . . . . .	1900
e)	Unternehmensverkauf . . . . .	1900
f)	Verluste . . . . .	1900
g)	Erbschaftsteuerliche Aspekte . . . . .	1901
III.	Nutzung und Vermeidung von Qualifikationskonflikten . . . . .	1902
1.	Die Personengesellschaft als Instrument zur Nutzung von Qualifikationskonflikten im Allgemeinen . . . . .	1902
2.	Die stille Gesellschaft im Besonderen . . . . .	1903